Mittag-Ausgabe.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Ferd. Ad. Schleh, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Rud. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G., G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Klugkist in Posen.

Nr. 221

Die „**Posener Zeitung**" erscheint wochentäglich **drei Mal**, anden auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt **vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland.** Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Montag, 28. März.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der **Morgenausgabe 20 Pf.**, auf der letzten Seite **30 Pf.**, in der **Mittagausgabe 25 Pf.**, an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die **Mittagausgabe** bis **8 Uhr Vormittags**, für die **Morgenausgabe** bis **5 Uhr Nachm.** angenommen.

1892

Deutscher Reichstag.

204. Sitzung vom 26. März, 12 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Berathung des **Ergänzungsetats** für die Chicagoer Weltausstellung (2 000 000 Mark Nachtragsforderung.)

Abg. Dr. **Witte** (dfr.) befürwortet die Forderung. Die deutsche Industrie, welche zuerst sich zurückhaltend gezeigt habe, sei jetzt dem Plan der Kollektivausstellung im Allgemeinen geneigt. Der Raum, der in Chicago zur Verfügung gestellt sei, werde aber kaum ausreichen; die Regierung möge daher Anstrengungen machen, um eine Erweiterung des Raumes anzustreben.

Staatssekretär **v. Bötticher** erwidert, daß Deutschland im Verhältniß zu den allgemeinen Raumverhältnissen in Chicago sehr gut weggekommen sei, daß man aber, wenn der Raum trotzdem nicht ausreichen sollte, sich nach der Decke strecken müsse. Es sei viel mehr Werth zu legen auf das multum als auf das multa, es müßte nicht möglichst viel, sondern möglichst Untadelhaftes ausgestellt werden. Uebrigens schweben schon Verhandlungen wegen einer Erweiterung des zur Verfügung zu stellenden Raumes.

Der Nachtragsetat wird in zweiter Lesung genehmigt.

Es folgt die **dritte Etatsberathung.**

In der allgemeinen Besprechung erklärt

Abg. **Pflüger** (Vp., auf der Tribüne kaum verständlich), daß man sich Beschränkungen auferlegen müsse in den Ausgaben insbesondere in Bezug auf die Kriegslast. Er bittet auch das konstitutionelle Moment mehr als bisher zu berücksichtigen, denn durch das Außerachtlassen desselben sei das Ansehen des Reichstages im In- und Auslande im Schwinden begriffen, und nur dadurch, daß der Reichstag seine konstitutionellen Rechte energisch wahre, werde er zu dem verdienten Ansehen gelangen können.

Abg. Frhr. **v. Münch** (wild): Sonst kommen die Abgeordneten, die keiner Partei angehören, bei Debatten nicht zum Wort. Die zwei Jahre, welche dieser Reichstag nunmehr besteht, haben es aber dahin gebracht, daß bei einer so wichtigen Gelegenheit die großen Parteien auf das Wort zu verzichten scheinen, so daß auch wir zum Worte kommen. (Heiterkeit.)

Vom freisinnigen Standpunkt aus kann ich es nur begrüßen, daß der Reichskanzler in Preußen auf sein Amt als Ministerpräsident verzichtet hat, weil die Politik, die er dort vertreten hatte, mit den Wünschen des Volkes in direktem Widerspruch stand. Aber als Reichskanzler hat er für seine Reichspolitik die Billigung des weitaus größten Theiles des deutschen Volkes (Beifall); es trägt aufrichtigen Dank im Herzen für das, was er in der äußeren Politik geleistet hat, daß er es verstanden hat, das Vertrauen, das die äußere Politik des Fürsten Bismarck errungen hatte, zu bewahren. Aber in der inneren Politik des Fürsten Bismarck wünscht das Volk eine vollständige Umkehr und die Anbahnung und Förderung einer vollständig neuen Politik. Hierin kenne ich die Ansicht des deutschen Volkes genau (Gelächter.) In den 5 Minuten, die ich spreche, werde ich ja durch offenkundigen und lauten Beifall unterbrochen. (Große Heiterkeit.)

In Bezug darauf, die christliche Religion auf allen nationalen und internationalen Gebieten, auf denen das deutsche Volk zu arbeiten hat, zu größerer Geltung zu bringen, billigt die große Masse des wirklich arbeitenden Volkes die Politik des Reichskanzlers. Aber einige Gesetze, die nicht mehr zur Berathung kommen, stehen mit den Wünschen des Volkes in Widerspruch. Vor allen Dingen wird man bei gewissen Auswüchsen nicht immer den ärmeren Klassen Schuld geben müssen. In dem Trunksuchtsgesetze wird weniger die arbeitende Bevölkerung als der Wirth zur Strafe herangezogen werden müssen. Die zunehmende Unsittlichkeit hat den Reichskanzler, der seine Politik mit Recht in rein christlichem Sinne betreibt, veranlaßt, einen Entwurf vorzulegen, der die Unsittlichkeit bekämpfen will. Ob er dabei auf dem hohen Standpunkt angelangt ist, den bezüglich der Unsittlichkeit das Christenthum einnimmt, will ich dahingestellt sein lassen; auf alle Fälle aber ist für die liberale Wählerschaft die Wiedereinführung der konzessionirten Unzuchthäuser unannehmbar.

Auch die Steuergesetzgebung muß eine Aenderung erfahren. Der Kapitalismus hat ein derartiges Maß erreicht, daß der einzelne Besitzer unmöglich seine Kapitalien in einer dem Wohle des Landes förderlichen Weise anlegen kann. Die Landwirthschaft bezahlt das Zehnfache von dem an Steuern, was das mobile Kapital zahlt. Der gegenwärtige Zeitpunkt ist der geeigneteste, die Börse in höherer Weise zu den Einnahmen des Reiches heranzuziehen, und man darf sich vor dieser höheren Heranziehung nicht scheuen, weil es sich um einen Zweig des Erwerbes handelt, der vom moralischen Gesichtspunkt aus nicht als unantastbar bezeichnet werden kann. Während der Bankier $^1/_{10}$ Prozent Provision für jedes Börsengeschäft erhält, bekommt der Staat nur $^1/_{10000}$ Peozent. Auch das Bankdepotwesen wird eine entsprechende Regelung erfahren müssen.

Das ganze liberale demokratische württembergische Volk billigt die äußere Politik des Reichskanzlers im Gegensatz zu der Darstellung in der Presse meines früheren Fraktionsvorstandes gelegentlich der Rede, die ich vor 3 Jahren bei der Berathung der Friedenspräsenzstärke gehalten habe. (Heiterkeit und Zurufe. Vizepräsident Graf **Ballestrem** erklärt, daß die persönlichen Angelegenheiten des Redners nicht in die dritte Lesung des Etats gehören.) — Die zweijährige Dienstzeit ohne Erhöhung der Aushebung ist eine ungeheuer populäre Forderung des deutschen Volkes. Früher habe ich einen andern Standpunkt vertreten. Aber die Regierung wird, soweit ich sie kenne (schallende Heiterkeit), dieser Forderung nicht nachgeben. Wenn die Regierung für eine Militärforderung keine Majorität finden sollte, dann bereiten Sie es vor, daß die unverfälschte Meinung des deutschen Volkes hier zum Ausdruck kommt. Denn es ist ebenfalls seit ungezählten Jahren der dringendste Wunsch des deutschen Volkes, daß Sie Diäten gewähren. (Stürmische Heiterkeit.) Ich persönlich brauche die Diäten nicht. Der Hinweis des Präsidenten verhindert mich, das auszuführen. (Heiterkeit.) Wer aber die Wünsche und Strömungen des deutschen Volkes kennt wie ich, (Heiterkeit) weiß, daß es nichts dringender wünscht, als daß jeder hier gewählt werden könne. Das liberale Bürgerthum ist genügend vertreten; aber das arbeitende Volk muß auch vertreten werden. Mögen diese meine Bemerkungen dem Reichskanzler Gelegenheit geben, in den Ferien darüber Beschluß zu fassen (schallende Heiterkeit), die Reichspolitik in dieser Beziehung zu ändern; möge er es als seinen Beruf erkennen, die ungerechte Behandlung und die Unbilligkeit, die auf dem deutschen Volke gelastet hat, zu beseitigen und es zu lenken in die Bahnen der Freiheit und des Fortschritts!

Abg. **Liebknecht** (Soz.): Unsere Reichsschuld hat in Folge des Militarismus große Dimensionen angenommen. Der Militarismus ist aber nicht bloß schuld an den großen Ausgaben des Reichs, er zeitigt auch andere Auswüchse, und ich erinnere dabei an die durch den bekannten Erlaß des Prinzen Georg zu Tage getretenen Mißhandlungen. In dem Erlaß wird wohl gesagt, das soll nun aufhören. Das ist aber nicht möglich, so lange das kulturwidrige System des Militarismus, dieser Kunst der Menschenschlächterei, bestehen wird. Wie kann man bei dem gegenwärtigen Zustande von dem christlichen Geist des Heeres sprechen? Der Militarismus ist weder mit dem Christenthum, noch mit der modernen Kultur vereinbar. Dazu kommen die Lasten, welche der Militarismus auferlegt und welche ins Ungeheure steigen. Sie werden dieser Steigerung nicht entgegentreten können, denn wenn ein Nachbarland sein Heer vermehrt, so werden Sie es auch thun müssen. Im einzelnen streichen Sie wohl in der Budgetkommission, aber im Großen und Ganzen bewilligen Sie. Das Volk keucht bereits unter seiner Last, und da geht man damit um, die Armee noch zu verdoppeln. Mit der zweijährigen Dienstzeit ist's nicht abgethan. Es ist unmöglich, daß das Land diese Kosten trägt, und an dieser ökonomischen Unmöglichkeit wird der Militarismus zu Grunde gehen.

Ich habe schon früher gesagt, daß wir, anstatt Elsaß-Lothringen zu nehmen, den Franzosen die Verpflichtung hätten auferlegen müssen, das Milizheer einzuführen; dann wären wir heute in einer besseren Lage. Bei dieser Gelegenheit muß ich den Angriff des Abg. Hartmann zurückweisen, daß ich beantragt hätte, Elsaß-Lothringen zurückzugeben. Ich habe vielmehr damals gemeint, daß die Frage jetzt überhaupt nicht gelöst werden wird, daß aber die Wunde, welche geschlagen worden ist, schmerzen wird, daß allmählich sich von selbst eine Lösung ergeben muß. Daraus habe ich allerdings nie ein Hehl gemacht, daß ich die Annexion von Elsaß-Lothringen nicht blos für ein Verbrechen, sondern für einen politischen Fehler halte.

Abg. Richter hat in der ersten Lesung des Etats meinem Kollegen Bebel einen Vorwurf daraus gemacht, daß er bei Ausbruch des Krieges 1870 der Regierung nicht die geforderten Mittel bewilligt habe, daß er sich damals der Abstimmung enthalten habe. Wenn er es auch nicht direkt ausgesprochen hätte, so lag doch die Insinuation des Landesverraths drin. Wenn ich jemals in meinem Leben auf eine Handlung stolz gewesen bin, so bin ich es auf diese. Wir haben damals vollkommen Recht gehabt. Wäre Deutschland wirklich ohne eigene Schuld, ohne die Schuld des Regierungssystems überfallen worden, dann wären wir in der That Verräther an der Nation gewesen. Das war aber nicht der Fall. Jeder weiß, daß der Krieg 1870 eine Folge ist der Kriege von 1864 und 1866, und daß dieser Krieg von 1866 uns nicht aufgezwungen worden ist, sondern daß die Schuld an der preußischen Regierung gelegen hat. (Große Unruhe.) Der spätere Kaiser Friedrich hat ja dem Geheimrath Duncker gegenüber ausgesprochen, daß Bismarck die Kriege von 1866 und 1864 herbeigeführt hat, um den inneren Angelegenheiten aus dem Wege zu gehen; ohne Bismarck und Napoleon wären die Kriege nicht möglich gewesen, und deshalb haben wir der Regierung das Vertrauensvotum nicht geben können.

Es ist uns Sozialdemokraten ein Vorwurf daraus gemacht, daß wir uns an der Friedenskonferenz nicht betheiligt haben. Wir halten solche Konferenzen für nicht geeignet, ihren Zweck zu erreichen. Haben wir erst mit dem ganzen heutigen System der kapitalistischen Ausbeutung gebrochen, wenn es keine Klasseninteressen und Sonderinteressen einzelner Personen mehr giebt, dann ist auch ein Krieg unmöglich. Eher ist eine Abrüstung ein leerer Wahn. Wie weit sind Sie mit Ihrem Militärsystem gekommen! Statt froh zu sein, daß die Soldatenmißhandlungen aufgedeckt worden, macht man Polizeigesetze gegen die Veröffentlichungen durch die Sozialdemokraten. In allem, was Sie thun, zeigt sich nur eine unbestimmte Angst vor der Sozialdemokratie. So ist das Volksschulgesetz eingebracht worden und dann wieder gefallen und Anderes mit ihm, — kurz bei Ihnen herrscht vollständig Planlosigkeit. Ihre Sozialreform sollte das Korrelat für Ihre übrige Politik sein, und man versprach sich davon eine Verminderung der Sozialdemokraten. Und was erleben wir jetzt? Der Schlußstein der Sozialreform, das Invaliditäts-Versicherungsgesetz, ist jetzt unter den Arbeitern verhaßt und wird das Klebegesetz genannt. Es hat uns noch mehr Anhänger zugeführt. Wir bleiben beim alten Kurs, der der richtige ist, und auf diesem Wege kommen wir zum Ziele. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident **v. Levetzow:** Der Vorredner hat die Annexion von Elsaß-Lothringen ein Verbrechen genannt. Eine Handlung, die der deutsche Kaiser mit den verbündeten Regierungen unter Zustimmung des Reichstages und unter dem Beifall des Volkes vollzogen hat, darf nicht ein Verbrechen genannt werden. Ich rufe den Abg. Liebknecht deswegen nachträglich zur Ordnung.

Abg. **Richter** (dfr.): Herr Liebknecht hat nur in anderer Form dasselbe wiedergegeben, was Abg. Bebel schon bei der ersten Lesung des Etats ausführte und worauf ich das, was von meinem Standpunkte aus zu erwidern war, erwidert habe. Ich habe daher keine Veranlassung, auf seine allgemeinen Ausführungen etwas zu erwidern. Doch nöthigt mich seine Polemik gegen einige Aeußerungen von mir zu einigen Erwiderungen. Ich halte es nicht für richtig, wie er es gethan hat, auf die Kriege von 1864 und 1866 ohne eine zwingende Veranlassung hier im deutschen Reichstage zurückzukommen. (Sehr richtig!) Diese Kriege sind wesentlich von Deutschen gegen Deutsche geführt worden. Wir freuen uns der politischen Gestaltung, welche 1867 und 1870/71 in der Einheit des Reiches geschaffen ist, und ich wüßte nicht, welchen Zweck es hat, sich nun darüber auseinanderzusetzen, wer zu jenen Kriegen mehr oder weniger die Veranlassung gegeben hat.

Wenn Herr Liebknecht dann seinen Kollegen Bebel gegen mich darin in Schutz nahm, daß er sich bei Ausbruch des Krieges von 1870 der Abstimmung enthalten hat und dafür anführte, daß an jenem Kriege die Kriege von 1864 und 1866 schuld seien, so halte ich meinen in erster Lesung ausgesprochenen Vorwurf voll und ganz aufrecht. Wie kann man sagen, daß aus den Ereignissen von 1864 und 1866 Napoleon ein Recht gewonnen hatte, Deutschland 1870 mit Krieg zu überziehen? Wenn Deutschland sich anders organisirte, was ging das die Franzosen an (sehr richtig!), was ging das Napoleon an? So wenig wir uns jemals in die inneren Fragen Frankreichs mischen würden, so wenig war man berechtigt, aus den Ereignissen von 1864 und 1866 einen Grund herzuleiten, Deutschland mit Krieg zu überziehen. Ich kann Herrn Liebknecht das Zeugniß seines eigenen Kollegen Bebel entgegenhalten aus dem Jahre 1870; Bebel hat selbst am 24. November 1870 hier wörtlich im Reichstage gesagt, daß der Krieg von 1870 eine schnöde Provokation von Seiten Louis Napoleons gegen Deutschland gewesen ist. (Hört! Hört!) Eben weil Bebel dies selbst damals anerkannt hat, lag von keiner Seite ein Grund vor, der Regierung, mochte man zu ihr sonst Vertrauen haben, wie man wollte, bei Ausbruch des Krieges die Mittel vorzuenthalten. Das Vertrauen konnte man zur damaligen Regierung, wie man auch sonst zu ihr stehen mochte, haben, daß sie imstande sein würde, eine solche französische Provokation schneidig und kräftig zurückzuweisen. (Sehr richtig!)

Ueber die Annexion von Elsaß-Lothringen mögen Sie s. Z. anders gedacht haben als andere politische Parteien. Die Thatsache hat sich aber vollzogen. Den größten Fehler begeht man überhaupt, wenn man das dem Auslande gegenüber als eine Frage überhaupt aufwirft. Daraus erwachsen Gefahren, die vermieden werden sollten (Beifall).

Man konnte es für zweifelhaft halten, ob es überhaupt angezeigt ist, in eine politische Diskussion bei der dritten Etatsberathung einzutreten. Nachdem das aber nun geschehen ist, würde es meines Erachtens für den Reichstag unnatürlich erscheinen, wenn man hier im einzelnen sich nicht äußern sollte zu den Wendungen in der Politik, die sich seit der ersten Berathung vollzogen haben. Diese Wendungen berühren ja zum großen Theil Preußen, und es muß uns fernliegen, irgend eine Seite dieser Wendungen zu streifen, also insbesondere auch den Schulgesetzentwurf, der in erster Reihe den preußischen Landtag angeht. Aber diese Wendungen haben doch eine Folge gehabt, welche auch den Reichstag unmittelbar angeht. Der Herr Reichskanzler ist heute vor uns erschienen wie ehedem. Aber er ist doch heute nicht mehr derselbe. Er ist in seinen politischen Funktionen so zu sagen halbirt worden. Die Trennung der Stelle des preußischen Ministerpräsidenten vom Reichskanzler hat sich vollzogen. Ich halte es für verfehlt, wenn irgend ein Minister von einer bestimmten Funktion ausgeschlossen ist, dann gewissermaßen über die Wahrnehmung dieser politischen Funktion eine Nachrede zu halten. Ich beschränke mich auf die einzige Bemerkung, daß es der Herr Reichskanzler wohl selbst eingesehen haben wird, daß es mitunter schwieriger ist, gegen den Strom zu schwimmen, als er sich noch vor Kurzem gedacht hat. Ich beziehe mich nicht auf die persönliche Seite der Sache, sondern auf die sachliche Einrichtung. Da sind wir der Meinung, daß die Trennung der Stelle des Ministerpräsidenten vom Reichskanzler an sich eine durchaus unzweckmäßige ist. Wir haben ja kein parlamentarisches Mittel, um dem entgegenzutreten; aber wir wollen doch andererseits nicht mit unserer Meinung zurückhalten. Die Reichsverfassung ist von vornherein darauf zugeschnitten, daß der Reichskanzler auch der leitende Staatsmann in Preußen ist. Fürst Bismarck hat ja selbst den Versuch gemacht, die Stelle des Ministerpräsidenten von der des Reichskanzlers zu trennen. Aber der Versuch hat nur 11 Monate gedauert, und gerade Fürst Bismarck, der auch unmittelbar Erfahrungen damit gemacht hat, hat sich später auf das Entschiedenste im Reichstage gegen eine solche Trennung ausgesprochen. Die augenblickliche Trennung der Aemter ist ja erklärlich, aber auf die Dauer nicht möglich, so daß man geneigt ist, den Reichskanzler gegenwärtig nur als einen Reichskanzler ad interim anzusehen, und wenn sich das auch nicht bewähren sollte, so ist das an sich doch schon geeignet, die Autorität des leitenden Staatsmannes im Reich in Frage zu stellen. Die Trennung ist ja jetzt noch weit schwieriger durchzuführen, als es früher der Fall war. Denn wie der Ministerpräsident beim Antritte seines Amtes im Abgeordnetenhause durchaus richtig bemerkte, würde die Folge des Rücktritts einer Persönlichkeit wie die des Fürsten Bismarck die sein, daß die Kollegialität im preußischen Ministerium stärker zum Ausdruck kommt, als es bisher der Fall gewesen ist.

Als Partei haben wir ja gar keine Ursache, mit dieser Trennung so besonders unzufrieden zu sein. Es besteht ja die Meinung, vielleicht mit Unrecht, es soll Parteien in diesem Hause geben, die leicht dazu zu verführen sind, politische Tauschgeschäfte zu machen, in der Art, daß sie hier mehr bewilligen, als sie an sich sonst thun würden, wenn sie die Aussicht haben, daß man im preußischen Landtage ihren Wünschen mehr entgegenkommt, eine Politik, die man wohl bezeichnen kann als do, ut des. Es liegt auf der Hand, daß, wenn der Reichskanzler hier nur zu fordern im Stande ist, nicht aber mit Gegenleistungen in Preußen aufwarten kann, sich dann ein Umschwung vollzieht, wenn zu starke Forderungen erhoben werden, ich will nur erwähnen in Bezug auf Militär-, Marine- und Kolonialpolitik.

Im Uebrigen können wir, nachdem wir uns dagegen verwahrt haben, daß wir die neue Einrichtung billigen, die weitere Entwicklung der Dinge ganz ruhig abwarten, mehr noch als die anderen Parteien, da wir ja nicht die in erster Linie ausschlaggebende Partei sind. Und dann haben wir die Erfahrung gemacht, daß die Entwicklung der Dinge unseren Ansichten, wie wir die Sachlage aufgefaßt hatten, weit mehr Recht gegeben hat, als man es bisher und noch vor kurzem geglaubt hat. Wir sind, um Mißverständnissen vorzubeugen, auch der Meinung, daß die Stellung, die der Reichskanzler bisher gehabt hat, einer Aenderung nothwendig bedarf. Jetzt hat sich nur die Aenderung in

einer falschen Richtung vollzogen. Wir halten es nicht für richtig, daß das Amt des preußischen Ministerpräsidenten von dem Reichskanzleramt getrennt wird, sondern wir halten für richtig die Einrichtung selbständiger Reichsministerien, für die ja auch zeitweise die Mehrheit des Reichstages eingetreten ist. Wir verlangen Fachministerien, die nicht Untergebene des Reichskanzlers sind, sondern die Politik selbständiger zu vertreten haben als es jetzt der Fall ist. Leider hat es der Reichskanzler bei Antritt seines Amtes abgelehnt, eine Aenderung in der Organisation in dieser Richtung vorzunehmen. Unleugbar aber, und alle Parteien sind der Ansicht, ist das gegenwärtige Verhältniß der Minister zu einander und zu der Krone nicht so, wie es eigentlich sein sollte. Wir leiden an den Folgen des Systems der Kabinetsregierung. Ich bin weit entfernt den gegenwärtigen Zustand in dem Maße dem augenblicklichen Ministerium zur Last zu legen, wie es oft geschieht. Nein, die gegenwärtigen Minister leiden mit unter dem System des Fürsten Bismarck, unter dem das System der Kabinetsregierung durchgeführt worden ist, zunächst im Interesse seiner eigenen Machtvallkommenheit (sehr richtig! links). Alles, worüber man jetzt klagt, die plötzliche Aenderung in der Richtung der Regierung, die unverantwortlichen Rathgeber sind Folgen des Systems der Kabinetsregierung. Ausgeschlossen würde das nicht sein bei einer parlamentarischen Regierung, aber dann wären feste Grenzen gezogen in dem System selbst, und eine Aenderung würde dem Lande nicht zum Schaden gereichen. Man hat lange Zeit abfällig über diejenigen geurtheilt, die von einem parlamentarischen Regierungssystem sprachen. Das war erklärlich zur Zeit, wo große historische Persönlichkeiten die Leitung der Regierung hatten. Jetzt, wo das anders ist. wird man nach und nach sich immer mehr bekehren, daß wir in Deutschland durchaus und in den jetzigen Verhältnissen mehr als je nöthig haben, daß an Stelle der Kabinetsregierung die parlamentarische Regierung tritt. Hätten wir sie schon gehabt, die Autorität der Regierung hätte bei Weitem nicht so viel Schaden leiden können, wie sie thatsächlich durch die letzten Ereignisse davontrug. (Lebhafter Beifall links.)

Reichskanzler Graf **v. Caprivi:** Die Behauptung, daß nach der Trennung des Amtes des Ministerpräsidenten vom Reichskanzleramt der Reichskanzler nicht mehr dieselbe Stellung hätte wie früher, muß ich bestreiten. Ich werde versuchen, zu beweisen, daß weder der Reichskanzler noch das Reich durch die eingetretene Wendung eine Schädigung erlitten hat. Fürst Bismarck sagte in seiner Rede vom 25. Januar 1873 über die Stellung und den Werth eines preußischen Ministerpräsidenten, daß der Minister-Präsident, obwohl ihm ein größeres Gewicht der moralischen Verantwortlichkeit zufällt, doch keinen größeren Einfluß als irgend einer seiner Kollegen auf die Gesammtleitung hat. 1878 führte er ähnlich aus, daß im preußischen Ministerium der Ministerpräsident kein Veto hat, daß er nur den Vorsitz und die geschäftliche Leitung führt, aber nichts zu sagen hat, und wenn seine Stimme ein besonderes Gewicht habe, so sei das Ergebniß einer sehr langjährigen Dienstzeit und eines hohen Maßes von Vertrauen, aber nicht der Ausdruck der Institution selber. Ist das richtig, ist der Einfluß des Ministerpräsidenten nur ein persönlicher, können wir da erwarten, daß Jemand, der nach dem Fürsten Bismarck Minister-Präsident wird, der bei seinem Eintritt in das Amt erkannt hat, daß das preußische Staatsministerium fortan eines stärkeren Hervorkehrens der kollegialischen Verfassung bedarf, den Einfluß in kürzerer Zeit gewinnen wird, den sogar Fürst Bismarck noch im Jahre 1878 nicht zu besitzen beklagt?

Wo liegen nun die Schattenseiten einer solchen Grenze? Der leitende Staatsmann, sagt man, verliert den Einfluß auf Preußen. Worin besteht denn der Einfluß? Er führt den Vorsitz und hat eine Stimme. Gelingt es ihm, durch seine Beredsamkeit seine Kollegen zu gewinnen, so wird er mit seiner Stimme das Staatsministerium nach sich ziehen. Ob er nun auf dem Sessel des Vorsitzenden sitzt oder auf dem des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, ändert nichts. Sind seine Gründe überzeugend, so werden sie überzeugend wirken, sowohl vom Vorsitz aus wie von jedem anderen Sessel. Ueberstimmt kann er von der Stellung als Ministerpräsident ebenso werden wie von jeder anderen Stellung. Hat er persönlichen Einfluß, so wird er ihn sowieso haben; einen gesetzlichen Einfluß hat er in keinem Falle. Nun meint Herr Richter, Fürst Bismarck habe in späteren Jahren andere Ansichten ausgesprochen. Es ist dann vielfach exemplifizirt worden auf die kurze Zeit, wo Graf Roon Ministerpräsident war und auf die Rolle, die er gespielt hat. Hat sich aus diesem Verhältniß ein Nachtheil ergeben und welcher, und ist jenes Verhältniß wieder aufgehoben worden wegen der hervorgetretenen Nachtheile? Das letztere ist nicht der Fall. Der Fall lag damals folgendermaßen. Fürst Bismarck war leidend, er zog sich zurück. Graf Roon war auch leidend, und sein Vorsitz im Staatsministerium wurde bald illusorisch. Seine Leiden nahmen zu, und dann erklärte er nach 11 Monaten, daß er nicht blos den Vorsitz, sondern auch seine Aemter niederlegen müsse. Darauf baten die anderen Minister den Fürsten Bismarck, den Vorsitz wieder zu übernehmen. Daß aber aus dieser Trennung während dieser Zeit sachlich irgend ein Schaden entstanden wäre, vermag ich nicht zu erkennen.

Wenn nun Abg. Richter meint, daß ich nun nicht mehr die Politik des do, ut des treiben werde, so weiß ich nicht, ob ich das bis jetzt überhaupt gekonnt habe; denn ich hätte dazu der Zustimmung meiner Kollegen immer bedurft. Ich würde aber geglaubt haben, durch eine solche Politik mich gegen Preußen zu versündigen.

Wenn ich also für mich Nachtheil aus der Trennung nicht befürchte, so sind auf der andern Seite die Vortheile ganz unzweifelhaft. Wenn selbst Fürst Bismarck bei seiner kolossalen Kraft und der Geschichte, die er hinter sich hatte, es schwer empfand, das gesteigerte Maß der Verantwortung aus dem preußischen Ministerium zu tragen, so würde es doch von jedem andern unbescheiden sein, auch nur zu denken, daß er darunter nicht leiden würde. Die Sorge, die mir das preußische Ministerpräsidium gemacht hat, der unausgesetzte Druck der Verantwortlichkeit für Dinge, die mir im Ganzen doch fern lagen, und in die direkt einzugreifen ich nicht im Stande war, gehörte bisher zum schwersten Theil meines Daseins.

Aber auch direkt für das Reich erwächst durch diese Trennung ein Vortheil insofern, als der Reichskanzler künftig nicht mehr in jede preußische Krise verwickelt zu werden braucht. Man kann ja sagen, der Ministerpräsident könne sich dabei mehr abseits stellen. Die Stellung läßt sich im Allgemeinen nicht reglementarisch abgrenzen; es muß sich Alles auf die Person zuschneiden. Ich habe einmal die Auffassung von meinen Pflichten als Ministerpräsident dahin, daß ich, wenn ein Minister eine Vorlage einbrachte und das Staatsministerium sich damit einverstanden erklärte, der nächste dazu wäre, um hinter den Ressortminister zu stehen. (Beifall rechts und im Zentrum.) Ich bin der Ansicht gewesen, daß, wenn der Ministerpräsident in einer solchen Lage dem Ressortminister fallen läßt, er im Staatsministerum überhaupt eine Null ist, und daß ich eine Null gewesen wäre, wenn meine Kollegen nicht die Ueberzeugung haben konnten, der Ministerpräsident werde, soweit es in seinen schwachen Kräften steht, hinter ihnen stehen. (Beifall rechts und im Zentrum.) Mir ist das sehr leicht geworden, da ich mich bei keiner Vorlage von meiner eigenen Ueberzeugung zu trennen hatte. (Beifall im Zentrum.)

Ich glaube also, daß die Besorgniß, das Reich könne zu Schaden kommen, bei der Trennung nicht vorliegt. Vielmehr wird in den Verhältnissen des Reiches eine wünschenswerthe Stabilität dadurch herbeigeführt. Es kann weder der auswärtigen Politik noch der Reichspolitik dienlich sein, wenn bei Schwierigkeiten in Preußen immer in letzter Perspektive der Fall des Reichskanzlers bevorsteht. Es kann nicht dem öffentlichen Interesse dienen, wenn die Stellung des Reichskanzlers so häufig als unsicher erscheint.

An eine parlamentarische Regierung wird doch auch Herr Richter nicht im Ernste denken. Ich glaube, daß wir, Gott sei Dank, davon noch weit entfernt sind. (Beifall rechts.) Selbständige Reichsministerien einzuführen, halte ich zur Zeit ebenso für ganz ausgeschlossen. Einige mögen es für wünschenswerth halten; die verbündeten Regierungen halten es nicht für wünschenswerth. Ob aber jemand es für ausführbar hält, damit den Bundesrath zu beseitigen und unsere ganze Reichsregierung auf den Kopf zu stellen, ist mir in hohem Grade zweifelhalt. Ich meine doch, wir thun gut abzuwarten, wie die Dinge sich gestalten. Ich meine, daß Deutschland zu fest steht, um durch eine solche Frage, ob der Reichskanzler einen Theil seiner politischen Aemter, den er selbst für unbedeutend hält, abgiebt oder nicht, erschüttert zu werden. Deutschland wird es überwinden, und es wird nicht verlieren, sondern eher gewinnen. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. **v. Kardorff** (Rp.): Ich stimme dem Herrn Reichskanzler in seinen Ausführungen über die parlamentarische Regierung vollkommen bei. Herrn Richter verweise ich nur auf den Zwiespalt, der entstehen würde bei verschiedenen Majoritäten im Landtag, wie wir sie jetzt haben, wenn im Reiche liberale und in Preußen konservative Politik gemacht wird. Die Situation hätte heute noch nicht zur Sprache gebracht werden sollen. Persönlich glaube allerdings auch ich, daß die Trennung des preußischen Ministerpräsidenten vom Reichskanzleramt keine dauernde sein kann. Gegenüber den Preßstimmen des Auslandes möchte ich aber, wie ich glaube, in Uebereinstimmung mit der übergroßen Majorität der Anschauung entgegentreten, als ob der Dreibund irgendwie durch die Krisis erschüttert werden könnte. Wie die Krisis auch enden möge, die ganze Nation hält fest an dem Dreibund. (Allseitige Zustimmung.) Das Reich wird stark genug sein, die Krisis zu überwinden.

Abg. Graf **Ballestrem** (Ztr.): Ich halte es nicht für gut, heute schon die Krisis zu besprechen. Auch ich beklage aber, daß der gegenwärtige Reichskanzler aus seiner leitenden Stellung in Preußen ausgeschieden ist. Wenn ich ihm auch glaube, daß die Stellung eines Ministerpräsidenten in Preußen nicht reglementarisch begrenzt ist, so giebt sie doch der Gesammtstellung des Reichskanzlers eine Energie, die ich ungern vermissen würde, sie giebt ihm auch einen Einfluß in preußischen Angelegenheiten, der allerdings nicht regelementarisch feststeht, der sich aber an die Person heftet, den wir auch vermissen würden. Wenn jedoch die Umstände es mit sich brachten, daß der Reichskanzler auf seine Stellung in Preußen verzichten zu müssen glaubte, so freue ich mich, daß es ihm seine Ueberzeugung nicht nothwendig machte, auch auf sein Amt im Reiche zu verzichten. (Beifall im Zentrum.) Denn wir sehen mit großem Vertrauen auf die Person des Reichskanzlers und hoffen, daß er noch lange die Angelegenheiten des Reiches in seiner starken Hand halten wird. (Beifall im Zentrum.) Wir hoffen, daß es vielleicht, ebenso wie beim Fürsten Bismarck, nicht lange dauern wird, daß er auch wieder die preußischen Angelegenheiten in seine Hand nehmen wird.

Ganz einverstanden bin ich mit der Aeußerung des Reichskanzlers über die do ut des-Politik. Ich würde es nicht verstehen, wenn Konzessionen im Reich mit preußischer Münze bezahlt werden. Das dem höchsten Beamten auch nur zuzutrauen, würde ich nie wagen. Schließlich muß ich entschieden gegen das Auskunftsmittel protestiren, das Herr Richter vorgeschlagen hat: eine parlamentarische Regierung in Preußen und Reichsminister im Reiche. Meine politischen Freunde und ich stehen auf dem Boden der Reichsverfassung, und die Reichsverfassung kennt im Reiche nur den Bundesrath und den Reichstag. (Sehr richtig! im Zentrum.) Verantwortliche Minister sind unvereinbar mit der Institution des Bundesraths. Wir bedauern die Trennung der Aemter, hoffen, daß sie aufhören wird, wir hoffen aber unter allen Umständen, daß der Reichskanzler an der Spitze des Reichs bleibt. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. **v. Bennigsen** (ntl.): Der Vorredner hat den verantwortlichen Reichskanzler vollkommen vergessen (Sehr gut!), der in die Reichsverfassung ausdrücklich als der verantwortliche Reichsminister eingeführt ist. Seitdem ist aber der Umfang der Geschäfte unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers in so außerordentlichem Maße gewachsen, daß ganz natürlich in den verschiedensten Parteien des Hauses, ausgenommen die Partei des Grafen Ballestrem, der Gedanke aufkam, daß unter Aufrechterhaltung der Institution des Bundesraths dem Reichskanzler verantwortliche Minister, namentlich ein verantwortlicher Finanzminister zur Seite gegeben werde. (Sehr richtig!) Ich hoffe, daß die Zeit einmal kommen wird, wo man sich von allen Seiten von der Nothwendigkeit einer Verfassungsänderung überzeugen wird.

Abg. Richter hat eine vollkommen richtige Kritik geübt an der Veränderung hinsichtlich der leitenden Personen in Preußen und im Reiche. Ebenso hat er vollkommen Recht darin, daß er erst die weitere Entwickelung der Dinge abwarten wolle. Für Deutschland ist es namentlich in seinen Beziehungen zu den auswärtigen Staaten von der größten Wichtigkeit, daß ein häufiger Wechsel in den leitenden Personen vermieden wird. Deshalb handeln wir patriotisch, erst ruhig eine längere Zeit abzuwarten, was aus dieser Trennung sich entwickeln wird. Darum kann man aber in der Sache sehr wohl sehr abweichender Ansicht sein, von derjenigen, die der Reichskanzler hier vertreten hat. Ich nehme gar keinen Anstand zu erklären, daß ich der Auffassung bin, daß wir mit der Zeit zu einer Vereinigung der Aemter im Reich und in Preußen zurückkehren müssen. Ein Bundesstaat erfordert, daß seine leitende Person auch die Machtmittel des größten Staates besitzt, das war der Gedanke, den König von Preußen zum deutschen Kaiser zu machen. Zu allen Zeiten ist die Macht des deutschen Kaiserthums zusammengebrochen, wenn sie nicht durch eine große Hausmacht gestützt wurde. Dieser Gedanke hat aber auch nahe gelegt, daß der erste Rathgeber des Königs von Preußen auch der erste Beamte des Reiches sein solle. Man befürchtete, und thut es auch jetzt noch, daß aus einer Trennung in den Aemtern Reibungen entstehen könnten und Differenzen selbst bei dem besten Willen und den reinsten patriotischen Absichten. Ich hoffe, daß wir eine solche Gefahr namentlich in der nächsten Zeit nicht erleben werden, obwohl sich nicht verkennen läßt, daß seit einiger Zeit der Partikularismus in Deutschland an vielen Stellen, Hoch und Niedrig, wieder im Anwachsen begriffen ist. (Hört! hört!) Diese Gefahr wird aber größer, wenn auch noch ein partikularistischer Gegensatz von Preußen und seiner Regierung zu dem Deutschen Reich hinzutritt. (Sehr richtig!)

Daß der Reichskanzler Graf Caprivi, wenn er sich nicht entschließen konnte, nach dem Vorgang in Preußen in seiner Stellung als Ministerpräsident zu bleiben, doch den Posten des Reichskanzlers beibehalten hat, wird im großen und ganzen nicht blos in Deutschland mit Freuden begrüßt werden. Die Zustimmung aus Parteien, zu denen er vielleicht kein übergroßes Vertrauen hat, beweist ihm, daß man einen ehrlichen Versuch auf diesem Wege gern unterstützen wird. Seine Verwaltung erfreut sich auch bei den auswärtigen Staaten eines großen Vertrauens. Man finde namentlich in seiner Wirkung und Verwaltung eine Sicherung des Friedens, und deshalb wäre es bedauerlich, wenn die Entwickelung in Preußen auch eine Veränderung im Reichskanzleramt zur Folge gehabt hätte. Deshalb wünsche ich, daß wir der weiteren Entwickelung in Deutschland ruhig entgegensehen. (Beifall.)

Abg. Frhr. **v. Manteuffel** (kons.): Dem letzten Wunsch schließe ich mich vollkommen an, wenn ich auch im Uebrigen den Ausführungen des Vorredners nicht zustimmen kann. Ich glaube nicht. daß die konservative Partei jemals für die Nothwendigkeit eines verantwortlichen Reichsfinanzministers eingetreten ist. Wir stehen einfach auf dem Boden der Reichsverfassung, welche nur den Bundesrath gegenüber dem Reichstag kennt. Ich will jetzt nicht untersuchen, welche Parteien an der Trennung zwischen Reichskanzler und Ministerpräsident, die jetzt beklagt wird, Schuld haben (sehr gut! rechts). Aber, nachdem einmal der Kaiser und König sich schlüssig gemacht hat, den Reichskanzler Grafen Caprivi in seiner Stellung als Reichskanzler zu belassen, den Grafen Eulenburg aber zum preußischen Ministerpräsidenten zu machen, so genügt das für uns, in keiner Weise auf die Frage weiter einzugehen. (Beifall rechts.)

Abg. **Liebknecht:** Das jetzige deutsche Reich ist doch nur ein vergrößertes Preußen, und der preußische Einfluß ist doch immer maßgebend, und so lange wir keine parlamentarische Regierung haben, ist es ganz überflüssig, über die Trennung der Aemter zu sprechen. — Die Aeußerung des Abg. Bebel über den Krieg 1870, welche Abg. Richter zitirt hat, geschah, um seine Ablehnung der Kriegsanleihe zu motiviren. Den jetzigen Rechtszustand in Elsaß-Lothringen habe ich nicht angegriffen. Niemand hat es mit so großer Deutlichkeit wie ich in Frankreich zu Gehör gebracht, daß Deutschland, wenn es angegriffen wird, einig ist. Die Rede des Abg. von Vollmar, auf welche Herr Richter sich berufen hat, ist von unserer Partei mißbilligt worden. Wir wollen das absolute Recht und wir treiben keine Opportunitätspolitik, und die Kriege von 1864 und 1866, welche nach dem Zeugniß des vorigen Kaisers selbst unrecht waren, bleiben unrecht.

Frhr. **von Stumm** (Rp.): Es wird den Sozialdemokraten nicht gelingen, sich von dem Vorwurf weiß zu waschen, daß sie Alles gethan haben, um das Vaterland wehrlos zu machen. Die ganze Art und Weise, wie die Sozialdemokraten ihre Sachen im Parlament und außerhalb desselben führen, muß zu Exzessen führen, und darum sind die jüngsten Straßenexzesse auf die Sozialdemokratie selbst zurückzuführen. Herr Liebknecht gab freilich im „Vorwärts“ dem Lumpenproletariat schuld, aber gleichzeitig wird im Beiblatt der herrschende Zustand der jetzigen Gesellschaft in die Schuhe geschoben. Muß das nicht aufreizend wirken und liegt in diesen verschiedenartigen Auslassungen nicht ein Widerspruch? Die Mißhandlungen, unter welchen die Soldaten zu leiden haben, sind lange nicht so schlimm als diejenigen, welche die Sozialdemokraten gegen die an einem Streik nicht theilnehmenden Arbeiter ausüben.

Abg. **Richter:** Wenn Herr Frhr. v. Stumm auf die Ursachen der Straßenexesse hinwies, dann hätte er auch die Antisemiten in erster Reihe erwähnen sollen. Es ist durch die Gerichtsverhandlung festgestellt worden, daß die christlich-soziale Thätigkeit des Abg. Stöcker wesentlich eingewirkt hat, Stimmungen hervorzubringen, aus denen solche Straßenkrawalle hervorgehen. Ich habe die ganze Diskussion bei der ersten Berathung nicht herbeigeführt; wir sind genöthigt worden dazu, weil Herr Bebel es immer so darstellt, als ob die ganzen Lasten die Folgen nur des Krieges von 1870 wären. Da liegt die Gegenfrage nahe: Wie wäre es denn gekommen, wenn Ihr mit Eurem Neutralitätssystem die Mehrheit gehabt hättet? Dann meine ich, hätten wir uns nicht zu unterhalten über Elsaß-Lothringen, wohl aber über die Wiedergewinnung des linken Rheinufers. (Zustimmung).

Daß wir über die Ministerkrisis verhandeln, ist uns verübelt worden. In jedem andern Parlament der Welt würde man es als selbstverständlich einsehen, daß solche Dinge zur Sprache gebracht werden. Wir dürfen doch wahrlich nicht so thun, als ob wir hier nur die Bureaunummern abzumachen hätten. Die Rede Bismarcks, die der Reichskanzler zitirte, stammt aus dem Anfang der Periode der Trennung der Aemter; nachher urtheilte er desto ungünstiger. Es ist ja richtig, daß Fürst Bismarck später wiederholt wenn er in einer verdrießlichen Stimmung war, gegen seine Kollegen im preußischen Ministerium seine Einflußlosigkeit beklagte. Aber thatsächlich verhielt es sich nicht so. Aus den verschiedentlichen Veröffentlichungen in der letzten Zeit ist zu entnehmen, in welchem Umfange er von seiner Stellung als Ministerpräsident Gebrauch gemacht hat, um die Initiative zu geben gerade für die Reichsgesetzgebung. Ja, um die Initiative noch zu verstärken, übernahm er das Handelsministerium später. Gewiß ist richtig, daß von der Persönlichkeit des Ministerpräsidenten seine Stellung abhängt. Wir haben aber bei dem Grafen Caprivi die Erfahrung gemacht, daß seine Persönlichkeit einen großen Einfluß zu üben im Stande ist. Gerade in der Schulgesetzgebung hat der Ministerpräsident gezeigt, daß er doch mehr bedeutet, als irgend ein anderer Kollege. Wir haben es dem Grafen Caprivi nicht verübelt, es hat uns im Gegentheile gefallen, daß er bis zuletzt für seinen Kollegen eingetreten ist, und das ist von parlamentarischem Standpunkte aus auch gerechtfertigt. Wenn aber der preußische Ministerpräsident so wenig Bedeutung hat, warum beruft man denn einen besonderen Minister auf diesen Posten? Warum kann das Bischen Vorsitzführen nicht ein anderer machen? Warum beruft man einen Mann, der doch weit mehr persönlich bedeutet, als bloß eine ornamentale Spitze?

Jede Entlastung des Reichskanzlers ist ja für seine Geschäfte ein Vortheil. Sein Amt umfaßte bisher eine Summe von Funktionen, die für jeden Staatsmann zu groß war. Fürst Bismarck war historisch in die Sache hineingewachsen; es ist ihm aber immer schwerer geworden, das hat sich in der letzten Zeit immer mehr gezeigt. Die Bewältigung aller dieser Geschäfte geht über die Kräfte eines Menschen hinaus. Wenn wir zum Beispiel neulich sahen, daß er einen vollen Tag zu diskutiren genöthigt war, über die Ausweisung aus Ostafrika, da muß man doch sagen: wäre es nicht besser gewesen, wenn ein selbständiger Ressortminister dagewesen wäre? Wenn die Reichsverfassung einen verantwortlichen Minister gegenüber dem Bundesrath vorsieht, warum sollte es verwehrt sein, daß an Stelle des einen mehrere Minister verantwortlich sind? Die Verfassung ist also nicht hinderlich für die Schaffung besonderer Reichsministerien.

Unsere Stellung hat sich dem Reichskanzler gegenüber nicht verändert. Wir unterstützen ihn hier theils, theils bekämpfen wir ihn nach wie vor. An seiner auswärtigen Politik haben wir, soweit sie klar vorliegt, nichts auszusetzen. Es ist gewiß falsch, wenn man im Auslande der ganzen Frage eine Wichtigkeit beimessen kann, als ob es sich um eine Existenzfrage handelt. Aber für die innere gedeihliche Entwicklung des Verhältnisses der Minister zu einander, zur Krone und zum Parlament kommt diese Angelegenheit wesentlich in Frage. Und in allen diesen Richtungen ist es in Deutschland nicht so, wie es sein sollte. Die Zukunft wird lehren, daß die jetzige Lösung nur eine provisorische ist. (Beifall links.)

Abg. Graf **v. Kanitz:** Es ist eine höchst auffällige Thatsache, daß Herr v. Bennigsen, ein aktiver preußischer Staatsmann, mit dem Führer der Opposition Arm in Arm geht. (Zurufe und Unruhe links.) Wenn er auf dem Wege der Bildung einer großen liberalen Partei weiter gehen will, mag er es thun. Aber es widerspricht der preußischen Beamtentradition, daß ein aktiver preußischer Beamter für diejenigen Vorschläge eines Führers der Opposition eintritt,

die der Reichskanzler als ungeeignet bezeichnet. (Große Unruhe links. Beifall rechts.)

Abg. **v. Bennigsen** (nl.): Wenn mir der Vorredner vorwirft, daß ich Opposition gegen die Regierung mache, so nehme ich beim Grafen Kanitz das nicht gerade tragisch. Es ist leicht erklärlich, daß der Aerger seiner Parteigenossen über den Verlauf der Dinge in Preußen sich in irgend einer Weise Luft machen muß. (Sehr richtig! links.) Ich habe von dem Volksschulgesetz gar nicht gesprochen. Wenn damals das Volksschulgesetz nicht vorgelegt worden wäre, und wenn nicht andere Männer eine sehr schwere Gefahr für Preußen und das Reich (Lebhafter Widerspruch rechts) aus diesem Schulgesetzentwurf gezogen hätten, dann würde ich die Worte nicht gesprochen haben, die allerdings in der Stellung eine Warnung enthalten, indem ich darauf hinwies, daß die Entwicklung in Deutschland eine solche werden könne, welche Parteien und Männer, die in wirthschaftlichen Fragen sich fern stehen, in der Vertheidigung der anderen idealen politischen Güter wieder näher bringen und dadurch bewirken würde, daß das liberale Bürgerthum bei der Entscheidung über solche Dinge in Zukunft dasjenige Gewicht ausübt, welches ihm nach der Geschichte zukommt. In gewissen Kreisen der Freunde des Herrn v. Kanitz wird man es danken, daß ich auf diese Möglichkeit der Entwickelung hingewiesen habe. Wenn Graf Kanitz als Reichstagsabgeordneter sich berufen glaubt, ein Mitglied auf seine abhängige Stellung als Beamter hinzuweisen, dann weiß ich nicht, wie er das mit der Unabhängigkeit der Stellung der einzelnen Reichstagsmitglieder auch seinen Freunden gegenüber, die Beamte sind, in Einklang bringen will. Ich habe es vielfach bemerkt, daß es auch unter den Konservativen unabhängige Männer gegeben hat, auch in Beamtenstellung die sich nicht gescheut haben, als Abgeordnete ihrer abweichenden Meinung der Regierung gegenüber Ausdruck zu geben. Es ist die Pflicht des Abgeordneten, nicht bloß die Interessen des Wahlkreises zu vertreten, sondern stets das Wohl des Ganzen im Auge zu halten, und zu dieser Pflicht gehört, auf Gefahren hinzuweisen, von denen man glaubt, daß sie nahen. Ich glaube, es wird auch an anderer Stelle nicht als Unglück angesehen werden, wenn es in Preußen noch hohe Beamte giebt, die eine eigene Meinung haben und es wagen, ihre Meinung auszusprechen in solchen Fällen wo es von Nutzen sein kann, bis an die hohe Stelle der Krone hinauf, und die den Blick auf Gefahren hinlenken, wenn es Niemand sonst mehr wagt, den Mund aufzuthun. Ich bereue durchaus nicht die Worte, die ich gesprochen habe. Im Gegentheil glaube ich, daß sie unserer Entwickelung von Nutzen gewesen sind. (Lebhafter Beifall links. Zischen rechts.)

Abg. **Stöcker** (kons.): Herr Richter hat es versucht, mich und den Antisemitismus mit den Kravallen in Berlin in Zusammenhang zu bringen. Ernsthaft kann er das nicht gemeint haben. Daraus, daß einer gerufen hat: Juden raus! folgt doch nicht, daß er Antisemit ist. (Schallende Heiterkeit.) Die Ueberzeugung von der Verwerflichkeit des Judenthums ist bereits in die Nationalliberale Partei gedrungen, und in einer Versammlung der sozialdemokratischen Jungen sind wilde Deklamationen gegen den Abg. Singer gehalten. Die Anarchisten sind eben klüger als die Sozialdemokraten. Mit unserm Antisemitismus hat das aber garnichts zu thun. Wir wollen nur eine gesunde Reaktion gegen das Judenthum. Es geht eine moralische Durchseuchung durch unser Volk, und wenn das liberale Bürgerthum des Abg. von Benningsen sich nicht mehr darum bekümmert, als es bisher gethan hat, dann geht es mit unserem Vaterlande zu Ende (Stürmischer Beifall rechts, große Unruhe links).

Die Krisis bedaure ich (Zuruf: das glauben wir!). Aber den Nationalliberalen steht es nicht gut an, darüber zu klagen, denn sie allein trifft die Schuld, daß die Krisis überhaupt eingetreten ist. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Diese Krisis war nicht nöthig, weder aus nationalen noch religiösen Gesichtspunkten, vor Allem nicht aus dem der politischen Klugheit. Diese Bewegung gegen das Volksschulgesetz in Preußen ist eine Mißachtung der Regierungsautorität und der parlamentarischen Majorität (Großes Gelächter links.) In dem Ministerium sitzt ein liberaler Minister, der dem Gesetze zugestimmt hat. Es ist unerhört, daß außerhalb der Parlamente Parteigenossen desselben mobil machen gegen das Gesetz, bei einer Gelegenheit, wo dasselbe gar nicht auf der Tagesordnung steht (Große Unruhe.) Ich bestreite den Beamten, und wenn sie noch höher gestellt sind als Herr v. Bennigsen, nicht das Recht einer freien Meinungsäußerung, sondern ein Aufruf an die nationalliberale Partei, sich mobil zu machen gegen die Regierung. (Große Unruhe links. Beifall rechts.) Es ist eine von den liberalen Mittelparteien gegen ihre eigene Ueberzeugung — denn sie sind für die Geltendmachung der parlamentarischen Majorität — erzeugte Mißachtung der parlamentarischen Majorität. (Große Unruhe.) Das große liberale Bürgerthum hat ja die materiellen Interessen sehr gefördert; aber in seinem Schoße ist der Mammonismus bis zu einem Grade gepflegt worden, daß die Nation darüber auseinanderzugehen droht. (Große Unruhe links. Beifall rechts.) In sittlichen und reliösen Dingen hat es gar nichts geleistet und ist in der Vergiftung unserer Volksseele nicht entgegengetreten.

Die liberale Presse, die „Kölnische Zeitung“ vor allem, ist antimonarchisch und antichristlich. (Große Unruhe links.) Ihr Monarchismus, der aufhört bei der geringsten Unannehmlichkeit, ist ein Monarchismus ohne Werth und Ueberzeugung. (Unruhe links, Beifall rechts.) Die „Köln. Ztg.“ fordert die Regierung auf, die religiöse Moral zu pflegen. So was giebt es nicht, Herr v. Bennigsen, Religion und Moral sind zwei ganz verschiedene Dinge. (Stürmische Heiterkeit. Zurufe links: Einmal ein wahres Wort!) Wenn Herr v. Bennigsen glaubt, mit seiner Schilderhebung im Namen des großen liberalen Bürgerthums Deutschland genutzt zu haben, so irrt er sich (Beifall rechts.) Er hat vielleicht gedacht, es sei eine wundervolle Gelegenheit, den Konservativen zu schaden. Den Schaden hat der Staat, das Reich, die Autorität und das Ansehen der Krone. Verantworten Sie es, Herr v. Bennigsen. (Stürmischer Beifall rechts, Zischen links.)

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg:** Herrn Richtern gegenüber nehme ich meine Partei dagen in Schutz, daß sie an dem Berliner Straßenskandalen betheiligt gewesen ist. Die Pariser Börse hat eher davon gewußt, als sie stattfanden, das Judenthum hat wieder dahinter gesteckt, wie es auch 1848 an dem Aufstande betheiligt war. Das Judenthum arbeitet auch hier mit Agents provocateurs. Redner beruft sich auf einen Berliner Berichterstatter, der, trotzdem er für Berliner freisinnige Blätter berichtete, sich antisemitisch geberdet habe. Nur wenn der Antisemitismus, der in die Sozialdemokratie eingedrungen ist, zur Herrschaft kommt, wird es zur Gewalt gegen die Juden kommen, wir aber wollen keine revolutionäre Bewegung, wir sind Royalisten, auf die sich der Thron stützen kann.

Abg. Prinz zu **Carolath-Schönaich:** Der Thron würde mir leid thun, der sich auf den Antisemitismus stützt, und wenn Kaiser Wilhelm I betonte, daß er nicht an kriegerische Eroberungen, sondern an Güter der Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung denke, so hat er den Antisemitismus ja gewiß nicht zur Gesittung gerechnet. Ich halte es auch mit dem anderen deutschen Kaiser gesegneten Angedenkens, der da sagte, daß alle deutschen Unterthanen seinem Herzen gleich seien. (Beifall links.)

Ich bedaure tief die Worte des Grafen Kanitz; dieselben sind ein Vorgang ohne gleichen in diesem Hause. Ich betrachte es als eine hohe Ehre für das preußische Beamtenthum, solche Männer in ihrer Mitte zu haben wie Herrn von Bennigsen. Ist man darüber streitig, so sollte man diese Ansicht wenigstens für sich behalten. Als bei den letzten Wahlen ein Mitglied der Freisinnigen die Wähler warnte, Beamte zu wählen wegen ihrer Abhängigkeit, wurde von konservativer Seite das bestritten und gesagt, auch jeder Beamte könne seine Meinung frei vertreten. Ihre heutigen Ausführungen stehen damit in direktem Widerspruche. Ich lasse dahingestellt, ob Graf Kanitz seiner eigenen Partei damit einen Dienst erwiesen hat. Die Wähler werden aber bei der nächsten Wahl sehr viel klarer sich die Frage vorlegen, ob sie noch einen Beamten wählen können, ob ihm nicht dadurch so unleidliche Verhältnisse bereitet werden, daß er schließlich auf ein Amt verzichten muß, dessen Uebernahme für ihn nur eine Pflicht gewesen ist. (Sehr richtig! links). Man wird sich fragen, ob man überhaupt noch einen Beamten wählen kann, wenn dieser in den parlamentarischen Körperschaften nicht mehr frei und unbefangen seine Ansicht aussprechen kann. Gerade ein Mitglied der Konservativen sollte nach den Vorgängen, die gerade die konservative Partei mit den Beamten erlebt hat, einen solchen Appell unterlassen. (Sehr richtig! links). Sogar die enragirtesten Gegner der Person, welche ich im Auge habe, haben das Vorgehen gegen dieselbe für einen politischen Fehler erkärt. Das unterscheidet gerade die linke Seite des Hauses von der anderen, daß sie für die Redefreiheit auch ihrer politischen Gegner eintritt, während Sie die Redefreiheit der politischen Gegner beeinträchtigen wollen. (Lebhafte Zustimmung links.) Dazu haben wir das deutsche Reich nicht mit unserem Blute begründen helfen, daß nur Jasager in demselben vorhanden sind. Im Reichstag sollte man wenigstens trachten, die Autorität des Reichstages zu wahren und nicht herabzudrücken. Die Ansichten des Grafen Kanitz dürften im Lande auf keine besondere Zustimmung zu rechnen haben. Wenn die politische Laufbahn des Herrn v. Bennigsen eine Mahnung enthält, so ist es die laute und vernehmliche Mahnung: so treu und deutsch zu sein wie er. (Beifall links.) Wir sollen uns wenigstens in den deutschen Parteien daran gewöhnen, unsere politischen Gegner zu achten.

Es hat mich gleichfalls tief betrübt, von Herrn Stöcker Dinge zu hören, die geeignet sind, einen großen Theil der evangelischen Mitbürger irre zu machen und zu verstimmen. (Unruhe rechts.) Seine Auslegung von der Lehre des göttlichen Erlösers halte ich für unthunlich, für vollkommen unbegreiflich und ebenso für höchst bedauerlich. (Beifall links.)

Abg. Graf **Kanitz:** Mir, der ich stets unter allen Umständen meine eigene Meinung vertreten hätte, sollte man doch nicht zumuthen, daß ich das Gleiche bei anderen tadle. Ich habe Herrn v. Bennigsen nicht daraus einen Vorwurf gemacht, daß er seine persönliche Ueberzeugung aussprach, sondern daß er an die ganze Partei appellirt hat. (Lachen links.)

Abg. **Singer** (S.-D.): Die Behauptung des Abg. Stöcker, daß der Antisemitismus in die Sozialdemokratie eingedrungen sei, ist so wahrheitswidrig, wie wir es vom Abg. Stöcker gewöhnt sind. (Präsident **v Levetzow** rügt diesen Ausdruck als unzulässig.) Die Verrohung im Volke und die Berliner Radauversammlungen datiren erst von dem Beginn des Auftretes des Abg. Stöcker in Berlin.

Abg. **Richter:** Die Abgg. Liebermann von Sonnenberg und Stöcker haben in Bezug auf die Verantwortlichkeit für die Straßenkrawalle um die Sache herumgeredet. Daß die Börse und ihre Batssespekulation Schuld daran hat, ist ein Märchen, für das der Schatten eines Beweises fehlt. Dagegen ist aktenmäßig gestern vor Gericht nachgewiesen worden der Zusammenhang der antisemitischen Gesinnung mit diesen Straßenkrawallen.

Der Bericht darüber rührt von dem gewöhnlichen objektiven Berichterstatter her, und sechs Zeugen haben übereinstimmende Aussagen gemacht. Fortwährend ertönte von dem Haupträdelsführer der Ruf: Juden raus! Dergleichen Exzesse mit solcher antisemitischen Färbung sind bis jetzt in Berlin unbekannt gewesen; sie kamen in den früheren Jahrhunderten vielleicht vor, kommen aber jetzt erst wieder ans Tageslicht, seitdem die christlich-soziale Bewegung begonnen hat. Herr Stöcker ist allerdings nicht mit der Fahne voraufgezogen bei jenen Exzessen, aber Sie werden die Leute nicht von den Rockschößen abschütteln können. Es sind die Antisemiten der That im Gegensatz zu den Antisemiten der Phrase.

Sie klagen über die politische Lage. Alles, was geschehen ist, ist doch die Fortsetzung des Systems der Kabinetsregierung, das Sie immer als das allein ideale hinzustellen beliebten. Oder wollen Sie den König nur absolut, wenn er ihren Willen thut. Die Wendung in der Gesetzgebung ist jetzt zum zweiten Mal eingetreten, nachdem Sie sich vom Goßlerschen zum Zedlitzschen Entwurf bekehrt hatten, glaubte die Regierung, daß Sie Uebung im Einschwenken bekommen haben, und nahm daher eine neue Stellung ein.

Sie klagen über die unverantwortlichen Rathgeber der Krone. Das waren aber doch nur Konservative, und sie sitzen in der unmittelbarsten Nähe des Herrn Stöcker. Was haben Sie für einen Grund, sich darüber zu beschweren, daß es gegen die Mehrheit des Parlaments geschehen ist. Alle Achtung vor der Verbeugung vor diesem parlamentarischen Regierungssystem. Aber Sie haben es mißverstanden. Das parlamentarische Regierungssystem verbietet der Krone durchaus nicht, ihre Politik auch gegen die Mehrheit des Parlaments zu ändern. Die Konsequenz ist aber eine Auflösung der Volksvertretung. (Lebhafte Zustimmung links.) Warum erzwingen Sie in der Mehrheit nicht die Auflösung durch ein verändertes Verhalten Ihrerseits. Das lassen aber die Konservativen und die Zentrumspartei, die sich so beleidigt fühlen, fein sein. (Heiterkeit und Beifall.)

Sie hüllen sich in Schweigen und hätten auch heute kein Wort gesagt, wenn ich nicht das Karnickel gewesen wäre, das angefangen hat. (Heiterkeit.) Niemand wird anders behandelt, als er es verdient, und ein Parlament, dem alles geboten werden kann, hat kein Recht, sich über eine Aenderung der Politik der Regierung im Gegensatz zu ihm zu beschweren. Sie fürchten sich vor der Auflösung (große Unruhe rechts), im Reichstage, wie im Abgeordnetenhause, weil sie wissen, daß sie dabei nur verlieren können und ohne die Stütze der Regierung selbständig nichts bedeuten. (Lebhafter Beifall links, Unruhe rechts.)

Abg. **v. Kardorff:** Wenn Herr Stöcker den liberalen Parteien die Schuld an der ganzen Krisis gegeben hat, so erkläre ich, daß meine Partei im Abgeordnetenhause gegen das Volksschulgesetz ist.

Abg. **Stöcker:** Wie es mit der Unparteilichkeit vor Gericht ist, ist ja klargestellt worden in meinem Prozeß, wo ich als Zeuge 5 mal „Angeklagter“ titulirt wurde. Die Demoralisirung durch die jüdische Presse ist ja bekannt. Die Verrohung und Immoralität im Volke ist hervorgerufen durch die Jahrzehnte lange Verhetzung gegen die Religion. — Wenn die Freisinnigen an der Regierung wären, so würden sie die größten Anhänger des Absolutismus sein. In keiner Presse als in der fortschrittlichen stand ein Dithyrambus auf den Absolutismus mit dem Refrain: ich bin der Herr und keiner mehr. Der Gegensatz ist nicht Parlamentarismus und Kabinetsregierung, sondern es handelt sich um die Frage, ob die Rechte der Krone geschmälert werden sollen. Die Anstürme gegen das bestehende System sind nur geeignet, die Entwickelung zu hindern und uns Verderben zu bringen. (Lachen links, Beifall rechts.)

Damit schließt die Generaldebatte und das Haus vertagt die Spezialdiskussion auf Montag, 12 Uhr (vorher Nachtragsetat für strategische Bahnen).

Schluß 5½ Uhr.

Telegraphische Nachrichten.

Elbing, 26. März. Die drohende Eisgangsgefahr auf der Nogat ist vorüber; der Strom ist fast ganz offen. Das Wasser in den überschwemmt gewesenen Ortschaften an der Mündung der Nogat fließt nach dem Haff ab. Es wird der demnächstige Aufbruch des Haffeises erwartet.

Tilsit, 26. März. Der Eisgang des Memelstromes hat heute Nachmittag begonnen.

Sargans, 26. März. Bei dem gestrigen Brande in Sevelen sind etwa 70 Häuser und die Kirche abgebrannt.

München, 26. März. Nach einem Privattelegramm des „Fremdenblatts“ aus Regen ist das Dorf Bischofsmais heute Vormittag zur Hälfte niedergebrannt. Dem Vernehmen nach entstand das Feuer im Schulhause; die Pfarrkirche gelang es zu retten.

München, 26. März. In der Trottoirsteinfabrik zu Großhessellohe ist heute Vormittag 9¼ Uhr ein Brand ausgebrochen, der noch fortdauert.

München, 26. März. Der Prinzregent ernannte Possart zum Hofschauspieler und zum Professor des Vortrags an der staatlichen Musikschule. Das Engagement ist seitens Possarts unkündbar. — In der Lehelvorstadt ist in vergangener Nacht ein Häuschen in den Schmiedbach hineingestürzt, die Bewohner wurden gerettet. — Das heute Vormittag in der Trottoirsteinfabrik zu Großhessellohe ausgebrochene Feuer wurde Mittags gelöscht, das Fabrikgebäude ist theilweise gerettet.

Paris, 27. März. Heute Vormittag hat in dem Hause Rue Clichy 39 eine Dynamitexplosion stattgefunden. Das Haus wird von dem Generalprokurator Bulloz bewohnt, welcher die Voruntersuchung gegen die Anarchisten von Lavallois leitet, und ist in Folge der Explosion von unten bis oben auseinander geborsten. Die Treppen sind zertrümmert, die Fenster gesprengt.

Paris, 27. März, Nachm. Das Haus Rue Clichy 39, in welchem heute Vormittag die Dynamitexplosion stattgefunden hat, ist bis auf die vier Mauern zerstört worden. Die Fensterscheiben und Läden der benachbarten Häuser sind gesprengt. Der Urheber des Attentats soll entflohen sein. Ein junger Mann, der im Augenblicke der Explosion an dem Hause vorübergegangen ist, will einen Menschen gesehen haben, der eilig das Haus verließ und dabei äußerte, es sei unnöthig, die Feuerwehr zu holen, es handle sich nur um einen Scherz. Die Explosion hat in der Stadt außerordentliche Erregung hervorgerufen. Die Gerichtsbehörden sind am Thatorte in Thätigkeit.

Paris, 27. März, Nachm. 6 Uhr 15. M. Die Zahl der bei der Explosion in der Rue Clichy verletzten Personen beträgt insgesammt sechs, darunter eine Frau, die schwere Verletzungen davongetragen hat. Getödtet wurde Niemand. Die Dynamitbombe war aller Wahrscheinlichkeit nach im zweiten Stockwerk des Hauses niedergelegt. Die Treppe ist bis zum 5. Stockwerk zertrümmert. Das eiserne Gitter an der Rampe des Hauses ist verbogen, der Treppenflur eingestürzt und verwüstet. In allen inneren Räumen sind die Thüren und Fenster aus den Angeln gerissen, die Bekleidung der Wände ist zerfetzt, die Möbeleinrichtung zerstört. Der Portier des Hauses erklärt, daß er nichts Verdächtiges bemerkt habe. Die Untersuchung dauert fort.

Paris, 27. März. Die Verheerungen, welche die heutige Explosion angerichtet hat, sind bei Weitem größere als die der vorhergegangenen Explosionen. Die Polizei hält an der Meinung fest, daß es sich um einen Racheakt der Anarchisten gegen den Generalprokurator Bulloz handle. Die Minister Loubet und Ricard haben sich nach dem Thatorte begeben.

Paris, 26. März. Die Kammer nahm den Gesetzentwurf an, wodurch die Konventionen und das Uebereinkommen des Weltpostvereins, die am 4. Juli 1891 in Wien abgeschlossen wurden, genehmigt werden.

Die mit der Prüfung des Gesetzentwurfs gegen die Dynamitarden betraute Kommission beschloß eine Bestimmung aufzunehmen, wonach das Niederlegen von Explosivstoffen auf öffentlichen Wegen mit dem Tode bestraft wird.

London, 26. März. Die Blätter geben der Meinung Ausdruck, daß der in Australien verhaftete Mörder Deeming keinesfalls der Urheber der Morde in Whitechapel sein könne. Das Vorleben Deemings sei bekannt. Derselbe sei zu der Zeit, als die Morde in Whitechapel begangen wurden, entweder im Auslande oder im Gefängniß gewesen. Die Polizeibehörden glauben, Deeming hoffe durch sein Geständniß, die Morde in Rainhill sowie die beiden letzten Morde in Whitechapel begangen zu haben, seine Aburtheilung durch englische Gerichte herbeizuführen und dadurch seine Lebensfrist noch etwas zu verlängern.

London, 27. März Nach hier eingegangener Meldung haben gestern fünf Schleppdampfer den Versuch gemacht, den Schnelldampfer „Eider“ abzubringen, jedoch ohne den gewünschten Erfolg. Die Bemühungen sollten morgen Vormittag 10½ Uhr bei der Hochfluth wiederholt werden, wenn der Wind günstig ist. Die Taucher haben den Hauptleck verstopft.

Paris, 28. März. Aus der bisherigen Untersuchung über die neueste Dynamit-Explosion geht hervor, daß die Explosion durch eine Schachtel erfolgte, die drei bis fünf Kilogramm Dynamit enthielt. Die Polizei glaubt, Ravachol, der Urheber des früheren Attentats, habe auch dieses begangen. — In Ivry bei Paris hat die Gendarmerie ein Rohr gefunden, das mit einem halbverbrannten Zunder versehen war und Stoffe enthielt, die eine schreckliche Explosion erzeugen konnten.

Telegraphische Börsenberichte.

Produkten-Kurse.

Köln, 26. März. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loko 23,00, do. fremder loko 23,50, per März 20,35, per Mai 20,25. Roggen hiesiger loko 23,00, fremder loko 24,75, per März 21,25, per Mai 21,25. Hafer hiesiger loko 15,00, fremder —,—. Rüböl loko 57,00, per Mai 54,80, per Oktober 54,50. — Wetter: Schön.

Bremen, 26. März. (Kurse des Effekten- u. Makler-Vereins, 5proz. Nordd. Wollkämmerei- und Kammgarn-Spinnerei-Aktien — Br., 5proz. Nordd. Lloyd-Aktien 91¾ Gd.

Bremen, 26. März. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notir. der Bremer Petroleumbörse.) Faßzollfrei. Still. Loko 6,05 Br.

Hamburg, 26. März. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good ave-

rage Santos p. März 67, p. Mai 67, per Septbr. 65, p. Dezbr. 63¼. Matt.

Hamburg, 26. März. Zuckermarkt (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per März 13,22½, per Mai 13,50, per August 13,92½, p. Oktober 12,72½. Matt.

Pest, 26. März. Produktenmarkt. Weizen loko schwach, per Frühjahr 10,00 Gd., 10,01 Br., per Mai-Juni 9,62 Gd., 9,64 Br., p. Herbst 8,78 Gd., 8,80 Br. Hafer p. Frühjahr 5,85 Gd., 5,90 Br. Neu-Mais p. Mai-Juni 5,25 Gd., 5,27 Br. Kohlraps 12,60 Gd., 12,70 Br. — Wetter: Schön.

Paris, 26. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, p. März 24,70, p. April 24,80, p. Mai-August 25,50, p. Sept.-Dez. 25,70. Roggen behauptet, p. März 18,10, p. Sept.-Dez. 16,10. Mehl ruhig, p. März 52,90, p. April 53,40, p. Mai-August 54,80, p. Sept.-Dez. 55,50. Rüböl träge, p. März 53,25, p. April 53,25, pr. Mai-Aug. 54,25, per Septbr.-Dezbr. 56,00. Spiritus ruhig, per März 47,25, p. April 46,50, p. Mai-August 45,00, p. Sept.-Dez. 41,00. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 26. März. (Schlußbericht.) Rohzucker ruhig, 88 pCt. loko 38,00 à 38,25. Weißer Zucker träge, Nr. 3 per 100 Kilogr. per März 38,37½, per April 38,37½, per Mai-August 39, per Oktbr.-Jan. 35,62½.

Havre, 26. März. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 5 Points Hausse.

Rio und Santos Feiertag.

Havre, 26. März. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. März 89,50, p. Mai 87,75, p. Sept. 84,00. Ruhig.

Amsterdam, 26. März. Getreidemarkt. Weizen p. März —, p. Mai 228. Roggen p. März 211, p. Mai 213.

Amsterdam, 26. März. Java-Kaffee good ordinary 53½.

Amsterdam, 26. März. Bancazinn 54½.

Antwerpen, 26. März. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen unverändert. Hafer unbelebt. Gerste ruhig.

Antwerpen, 26. März. (Telegr. der Herren Wilkens u. Comp.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., p. April 4,15, Septbr. 4,32½ bezahlt.

Antwerpen, 26. März. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 14 bez., 14 Br., p. März 14 Br., p. April 14 Br., p. Sept.-Dez. 14⅛ Br. Ruhig.

London, 26. März. An der Küste 6 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Heiter.

London, 26. März. 96 pCt. Javazucker loko 15⅞ matt. Rüben-Rohzucker loko 13¼ matt.

Liverpool, 26. März. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8 000 Ballen. Fest. Tagesimport 14 000 Ball.

Liverpool, 26. März, Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation u. Export 8 000 Ballen. Fest.

Middl. amerikan. Lieferungen: Stetig.

Liverpool, 26. März, Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation und Export 2 000 Ballen. Fest. Amerikaner 1/16 höher.

Middl. amerikan. Lieferungen: März-April 3⅝ Verkäuferpreis, April-Mai 3 41/64 do., Mai-Juni 3 43/64 Käuferpreis, Juni-Juli 3 23/32 do., Juli-August 3 49/64 do., Aug.-Sept. 3 13/16 do., September-Okt. 3 55/64 Werth, Okt.-Nov. 3 57/64 d. Käuferpreis.

Newyork, 25. März. Baumwollen-Wochenbericht. Zufuhren in allen Unionshäfen 70 000 B. Ausfuhr nach Großbritannien 56 000 Ballen, Ausfuhr nach dem Continent 55 000 Ballen. Vorrath 1 098 000 Ballen.

Newyork, 26. März. (Anfangskurse.) Petroleum Pipeline certificates per April 55⅜. Weizen per Mai 93⅜.

Newyork, 26. März. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 6¾, do. in New-Orleans 6⅜. Raff. Petroleum Standard white in New-York 6,20 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,15 Gd. Rohes Petroleum in Newyork 5,50, do. Pipeline Certificates per April 55⅝.* Ziemlich fest. Schmalz loko 6,52, do. Rohe u. Brothers 6,90. Zucker (Fair refining Muscovad.) 2¾. Mais (New) p. April 48, p. Mai 46¾, p. Juni 45⅝. Rother Winterweizen loko 98⅞. Kaffee Rio Nr. 7,14⅜. Mehl (Spring clears) 3 D. 80 C. Getreidefracht 3½. Kupfer 12,00—12,25. Rother Weizen p. März 95⅞, p. April 95¼, p. Mai 92⅜, p. Juni 90½. Kaffee Nr. 7 low ord. p. April 13,32, p. Juni 12,72.

* eröffnete 55⅝.

Weizen durchweg schwach auf schwächere ausländische Märkte und reichliche Verkäufe für inländische und ausländische Rechnungen. Mais abgeschwächt durch Zunahme der für kontraktliche Lieferungen verfügbaren Vorräthe.

Der Werth der in der vergangenen Woche eingeführten Waaren betrug 9 648 492 Dollars, gegen 14 646 585 Dollars in der Vorwoche, davon für Stoffe 1 933 025 gegen 2 621 879 Dollars in der Vorwoche.

Chicago, 26. März. Weizen p. Mai 80¾, p. Juni 80⅝. Mais per Mai 40¼. Speck short clear 6,10. Pork p. März 10,17.

Weizen abgeschwächt auf schwächere ausländische Märkte, auf geringe Nachfrage für den Export und auf günstige Witterung. Mais fest auf Deckungs- und Meinungskäufe.

Berlin, 27. März. Wetter: Schön.

Newyork, 26. März. Weizen per März 95⅞ C., per April 95¼ C.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 26. März. Die heutige Börse eröffnete und verlief im wesentlichen in fester Haltung, aber das Geschäft bewegte sich im Allgemeinen in bescheidenen Grenzen, da die Spekulation fortdauernd Zurückhaltung zeigt; nur auf dem Kapitalsmarkt entwickelte sich regerer Verkehr und für Montanwerthe, besonders Kohlenaktien, herrschte auch heute günstigere Stimmung und zu etwas anziehenden Kursen gestalteten sich die Umsätze belangreicher.

Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten gleichfalls günstig, boten aber besondere geschäftliche Anregung nicht dar.

Der Kapitalsmarkt bewahrte seine sehr feste Haltung für heimische solide Anlagen, von denen Reichs- und preußische konsol. Anleihen zu weiter steigenden Preisen lebhaft gehandelt wurden.

Fremde festen Zins tragende Papiere waren gut behauptet; russische Anleihen fester und lebhafter, Italiener abgeschwächt; russische Noten fest.

Der Privatdiskont wurde mit 1¼ Prozent notirt.

Auf internationalem Gebiet gingen Oesterreichische Kreditaktien bei Gelegenheit einiger Schwankungen lebhafter um; Franzosen behauptet, Lombarden fester und mehr beachtet, andere österreichische Bahnen wenig verändert und ruhig; Schweizerische Bahnen ziemlich behauptet und wenig lebhaft.

Inländische Eisenbahnaktien verkehrten in ziemlich fester Haltung ruhig; Ostpreußische Südbahn und Mainz-Ludwigshafen fester und etwas lebhafter.

Bankaktien blieben auch in den spekulativen Devisen ruhig und zumeist behauptet; Diskonto-Kommandit-Antheile etwas lebhafter.

Industriepapiere sehr ruhig und behauptet; von Montanwerthen sind namentlich Harpener, Hibernia und Gelsenkirchen als steigend und belebt zu nennen.

Produkten-Börse.

Berlin, 26. März. Die Preise für Weizen erfuhren gestern in Newyork eine Steigerung von 1⅝ C. Am hiesigen Getreidemarkt wurde der Einfluß dieser Nachricht durch den Eintritt wärmeren Wetters mit Südwestwinden aufgehoben. Später trat die Haussepartei in den Markt, so daß eine Befestigung der Tendenz eintrat; das Geschäft hielt sich indeß in mäßigen Grenzen. Weizen notirte etwas höher, die Umsätze waren in der Hauptsache Tauschgeschäfte gegen Sommertermine. Roggen setzte unverändert ein und schwankte später auf einem um 1½—2 M. erhöhten Niveau. Hafer fand zu um 1½ M. ermäßigten Preisen bessere Beachtung. Roggenmehl still, aber fest. In Spiritus wurde die Lokozufuhr zu um 1 M. niedrigeren Preisen geräumt. Der Terminhandel war schwach auf Realisationen; die Preise gaben 60—70 Pf. nach.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) p. 1000 Kg. Loko feiner inländischer gefragt. Termine schließen fest. Gekündigt — Ton. Kündigungspreis — M. Loko 191—219 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 193 M., per diesen Monat —, per April-Mai 191,75—190,75—192,5—192 bez., per Mai-Juni 192—193,25—193 bez., per Juni-Juli 193,5—192,75—194—193,75 bez., per Juli-August 193,25—194 bez.

Roggen per 1000 Kilo. Loko schleppender Handel. Termine schwankend. Gekündigt. 100 To. Kündigungspreis 208 M. Loko 198—207 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 206 M., inländischer 203—205,5 ab Bahn bez., per diesen Monat — M., per April-Mai 207,5—206,5—208,75—208,25 bez., per Mai-Juni 203—201,5 bis 203,75—203,25 bez., per Juni-Juli 198,25—197,5—198,75—198,25 bez., per Juli-August 185—184,75—186,25—186 bez.

Gerste p. 1000 Kilo. Still. Große und kleine 140—190 M. nach Qual., Futtergerste 140—160 M.

Hafer per 1000 Kilo. Loko feiner behauptet. Termine niedriger mit festerem Schluß. Gekündigt — To. Kündigungspreis — M. Loko 147—172 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 152 M. Pomm., preuß. und schles., mittel bis guter 147—160, hochfeiner 168 ab Bahn und frei Wagen bez., per diesen Monat —, p. April-Mai 149,5—149—150 bez., per Mai-Juni 151—150—150,5 bez., per Juni-Juli 152—151—152 bez., per Juli-August —.

Mais per 1000 Kilogr. Loko flau. Termine still. Gekünd. 50 To. Kündigungspreis 117,5 M. Loko 118—126 M. nach Qual., per diesen Monat —, per März-April —, April-Mai 114,75 bez., per Mai-Juni —, per Juni-Juli 115 bez., per Juli-Aug. —.

Erbsen p. 1000 Kilo. Kochwaare 190—240 M., Futterwaare 160—167 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sack. Termine fester. Gekündigt — Sack. Kündigungspreis — M., per diesen Monat —, per April-Mai 27,9—28,—27,9 bez., per Mai-Juni 27,8—27,9—27,8 bez., per Juni-Juli 27,7—27,8—27,7 bez., per Juli-August —.

Rüböl p. 100 Kilo mit Faß. Fester. Gekünd. — Ztr. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß —, loko ohne Faß —, per diesen Monat —, —, per März-April —, per April-Mai 52,8 bis 53 bez., per Mai —, per Juni-Juli —, per Septbr.-Okt. 53,2 M.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sack. Loko 33,00 M. — Feuchte dgl. p. loko 18,40 M.

Kartoffelmehl p. 100 Kilo brutto incl. Sack Loko 33,00 M.

Petroleum. (Raffinirtes Standard white) p. 100 Kilo mit Faß in Posten von 100 Ztr. Termine —. Gekündigt — Kilo. Kündigungspreis — M. Loko — M., p. diesen Monat — M., per März-April —.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungspreis —,— M. Loko ohne Faß 61,7 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Ltr. Proz. nach Tralles. Gekündigt —,— Liter. Kündigungspreis — M. Loko ohne Faß 42,2 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß —, p. diesen Monat —.

Spiritus mit 70 Mk. Verbrauchsabgabe. Matter, schließt fest. Kündigungspreis — M. Loko —, per diesen Monat —, per März-April 41,5 Br., per April-Mai 42,4—41,6—42 bez., per Mai-Juni 42,5—41,7—42,1 bez., per Juni-Juli 42,9—42,2—42,6 bez., per Juli-August 43,4—42,7—43,1 bez., per August-Sept. 43,5 bis 43,6—43,1—43,3 bez., per Sept.-Oktober 41,6—41,3—41,8 bez., per Oktbr.-Nov. 39,7—39,6—40,1 bez.

Weizenmehl Nr. 00 29,00—27,00, Nr. 0 26,75—24,75 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 28—27 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 30,5—28,00 bez., Nr. 0 1½ M. höher als Nr. 0 und 1 pr. 100 Kg. br. inkl. Sack.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. 1 Doll. = 4¼ M. 1 Rub. = 3 M. 20 Pf. 1 fl. südd. W.österr. = 12 M. 1 fl W. = 2 M. 1 fl. holl. W. 1 M. 70 Pf., 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto. Wechsel v. 26. März

Amsterdam	3	8 T.	168,85 B.
London	3	8 T.	20,41⁵ bz G
Paris	3	8 T.	81,05 B.
Wien	4	8 T.	172,00 G.
Petersburg	6	3 W.	216,40 bz
Warschau	5½	8 T.	206,60 bz

In Berlin 3, Lomb. 3½ u. 4. Privatd. 1¼ G.

Geld, Banknoten u. Coupons.

Sovereigns	20,30 G.
20 Francs-Stück	16,22 bz
Gold-Dollars	
Engl.Not. 1 Pfd.Sterl.	20,225 B.
Franz. Not. 100 Frcs.	81,40 B.
Oestr. Noten 100 fl.	172,35 bz
Russ. Noten 100 R.	206,75 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche R.-Anl.	4	106,75 G.
do. do.	3½	99,60 bz G.
do. do.	3	85,60 bz G.
Prss. cons-Anl.	4	106,50 bz G.
do. do.	3½	99,50 bz G.
do. do	3	85,60 bz G.
do. Scrips, int.	3	85,60 bz G.
Sts.-Anl. 1868	4	101,25 G.
Sts-Schld-Sch.	3½	100,00 G.
Berl.Stadt-Obl	3½	96,70 bz G.
do. do. neue	3½	96,70 bz G.
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3½	93,40 G
Pfandbriefe: Berliner	5	112,50 bz G.
do.	4½	111,00 bz
do.	4	104,40 G.
do.	3½	96,75 bz
Ctrl.Ldsch	4	
do. do.	3½	96,00 bz G.
Kur. u. Neu-mrk. neue	3½	96,50 bz G.
do.	4	
Ostpreuss	3½	94,60 bz B.
Pommer.	3½	95,90 bz G.
do.	4	
Posensch.	4	101,70 bz G.
do.	3½	95,60 bz G.
Schls.altl.	3½	96,80 G.
do. do.	4	
ldschl.LtA.	3½	96,80 G.
do.	4	
do.do.neu	3½	96,80 G.
do.do.I.II.	4	
Wstp.Rittr	3½	95,00 bz G.
do.neul.II.	3½	95,00 bz G.
Renten: Pommer.	4	102,70 bz
Posensch.	4	102,60 bz
Preuss.	4	102,50 bz
Schles.	4	102,70 bz
Bad. Eisenb.-A.	4	
Bayer. Anleihe	4	106,50 G.
Brem. A. 1890	3½	96,25 bz G.
Hmb.-Sts. Rent.	3½	97,60 G.
do. do. 1886	3	84,00 bz G.
do. amort Anl.	3½	96,30 bz G.
Sächs. Sts. Anl.	4	
do. Staats-Rnt	3	85,90 bz
Prss.Präm-Anl.	3½	161,90 bz
H.Pr.-Sch.40T.	—	
Bad.-Präm.-An.	4	137,50 bz
Bayr. Pr.-Anl.	4	140,25 G.

Brnsch. 20. T.L.	—	103,50 G.
Cöln-M. Pr.-A.	3½	135,40 bz
Dess. Präm.-A.	3½	139,40 G.
Ham. 50 T.-L.	3	134,10 G.
Lüb. 50 T.-L.	3½	129,00 bz
Mein. 7Guld-L.	—	27,40 G.
Oldenb. Loose	3	127,60 G

Ausländische Fonds.

Argentin. Anl.	5	38,00 bz
do. do.	5	38,50 bz
Bukar.Stadt-A.	5	93,60 bz G.
Buen. Air.G.-A.	5	29,00 bz
Chines. Anl.	5½	
Dän.Sts.-A.86.	3½	92,30 G.
Egypt. Anleihe	3	
do. do.	4	96,80 bz
do. 1890	3½	89,30 bz G.
do. Daira-S.	4	94,60 bz
Finnländ. L.	—	57,00 G.
Griech. Gold-A	5	59,50 bz G.
do. cons. Gold	4	46,00 bz G.
do. Pir.-Lar.	5	54,90 bz G.
Italien. Rente.	5	87,90 bz
Kopenh. St.-A.	3½	
Lissab.St.A.I.II.	4	38,50 B.
Mexikan. Anl.	6	82,50 bz
Mosk. Stadt-A.	5	63,10 bz
Norw.Hyp-Obl	3½	92,60 G.
do. Conv.A.88.	3	83,50 bz
Oest. G.-Rent.	4	95,00 bz
do. Pap.-Rnt.	4⅕	
do. do.	5	
do. Silb.-Rent.	4⅕	80,25 G.
do. 250 Fl. 54.	4	121,10 bz
do.Kr.100(58)	—	330,70 G.
do. 1860er L.	5	123,50 G.
do. 1864er L.	—	316,75 bz
Poln.Pf-Br. I-V	5	65,10 bz G.
do.Liq.-Pf.-Br.	4	62,40 bz G.
Portugies.Anl. 1888—89	4½	35,60 bz G.
Raab-Gr.Pr.-A.	4	103,50 G.
Röm. Stadt-A.	4	64,00 G.
do. II. III. VI.	4	77,50 bz G.
Rum. Staats-R.	4	82,30 bz G.
do. do. Rente	4	82,30 bz G.
do. do. fund.	5	101,30 bz G.
do.do.amort.	5	96,90 bz
Rss.Engl.A. 1822	5	
do. 1859	3	80,25 bz
do. 1880		92,60 G.
do. 1887		
do. 1873		
do. 1875	4½	
do. 1889	4	
do. 1890	4	
Russ. Goldrent	6	103,20 G.
do. 1884stpfl.	5	100,60 bz
I. Orient 1877	5	
II. Orient 1878	5	
III. Orient 1879	5	65,40 bz
Nikolai-Obl.	4	92,20 bz
Pol.Schatz-O.	4	96,70 G.
Prä.-Anl. 1864	5	152,00 G.
do. 1866	5	141,00 G.
Bodkr.-Pfdbr.	5	100,00 G.
do. neue	4½	95,20 B.
Schwedische	3½	93 90 bz
Schw.d.1890	3½	94,25 bz G.
do. 1888	3	84,75 bz

Schw. Hyp.-Pf.	4½	102,30 G.
Serb.Gld-Pfdb.	5	
do. Rente	5	78,90 bz G
do. neue 85	5	79,00 bz
Stockh. Pf. 87.	4	97,90 bz
do.St.-Anl.85	3½	
Span. Schuld.	4	59,00 bz
Türk.A. 1865 in Pfd.Sterl. cv.	1	
do. do. B.	1	27,50 B.
do. do. C.	1	19,40 bz G.
do.Consol.90	4	
do.Zoll-Oblig	5	
Trk.400Frc.-L.	—	76,50 bz
do.EgTrib-Anl	4¼	95,00 G.
Ung. Gld-Rent.	4	92,40 G.
do. Gld.-Inv.-A.	5	102 50 G.
do. do. do.	4½	101,30 bz G.
do.Papier-Rnt.	5	87,75 bz B.
do. Loose	—	253,10 G.
do.Tem-Bg.-A.	5	
Wiener C.-Anl.	5	105,80 G

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr.	—	58,90 bz
Altenbg.-Zeitz	—	181,00 bz
Crefelder	4⅘	
Crefld-Uerdng	—	
Dortm.-Ensch.	—	100,30 bz G
Eutin-Lübeck	—	45,60 bz
Frnkf.-Güterb.	—	77,50 bz
Ludwsh.-Bexb.	—	222,25 bz
Lübeck-Büch.	—	146,00 bz
Mainz-Ludwsh	—	113,10 bz
Marnb.-Mlawk.	—	57,50 bz G.
Meckl Fr.Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	101,80 B.
Ostpr. Südb.	—	71,50 G.
Saalbahn	—	29,30 bz B.
Stargr-Posen	4½	102,10 bz
Weimar.Gera	—	17,50 B.
Werrabahn	—	74,00 bz G.
Albrechtsbahn	1	
Aussig-Teplitz	—	398,00 G.
Böhm. Nordb.	—	
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	—	74,00 bz
Buschtherader	—	195,00 bz
Canada Pacifb.	—	86,50 bz
Dux-Bodenb.	—	237,75 bz
Galiz. Karl-L.	4	96,80 bz
Graz-Köflach	—	112,60 bz
Kaschau-Od.	4	75,50 G.
Kronpr. Rud.	4¾	89,10 G.
Lemberg-Cz.	7	105,45 bz G.
Oestr. Staatsb.	—	
do. Lokalb.	—	76,00 bz G.
do. Nordw.	4¾	
do.Lit.B.Elb.	—	103,40 G.
Raab-Oedenb.	—	24,50 bz
Reichenb.-P.	3,81	79,25 bz
Südöstr. (Lb.)	9,8	41,40 bz
Tamin-Land	0	
Ungar.-Galiz.	5	86,10 G.
Balt. Eisenb.	3	63,60 bz
Donatzbahn	5	95,30 bz
Ivang. Domb.	5	99,20 bz
Kursk-Kiew	12,65	
Mosco-Brest	3	65,25 G.
Russ. Staatsb.	6,56	128,00 bz
do. Südwest.	5,83	75,00 B.

Warsch-Teres	5	99,10 G.
do. Wien.	—	
Weichselbahn	5	65,75 bz
Amst.-Rotterd.	—	
Gotthardbahn	—	137,90 bz
Ital. Mittelm.	5½	90,50 bz
Ital.Merid.-Bah	7⅕	119,00 bz
Lüttich-Lmb.	—	19,25 bz G
Lux. Pr. Henri	—	54,10 bz G
Schweiz.Centr	—	
do. Nordost	—	109,50 bz
do. Unionb.	—	
do. Westb.		
Westsicilian.	—	

Eisenb.-Stamm-Prioritát.

Altdm-Colberg	4⅘	109,70 B.
Bresl-Warsch.	—	45,60 bz
Czakat.-St.-Pr.	—	102,40 bz
Dux-BodnbAB.		
Paul-Neu-Rup.	5	
Prignitz	4½	102,75 bz
Szatmar-Nag.	—	86,90 bz
Dortm.-Gron.	—	112,00 bz
Marienb Mlawk	—	104,90 bz
Mecklb. Südb.	—	24,00 bz
Ostpr. Südbah	—	108,30 bz B
Saalbahn	—	100,10 G.
Weimar-Gera	—	85,60 bz

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Berg-Märkisch	3½	99,00 bz B.
Berl. Potsd.-M.	4	
BrslSchwFrbH		
Bresl.-Warsch	5	
Mz Ludwh 68/9	4	
do. 90	3½	96,40 bz G
Oberschl.Lit.B	3½	
do. Lit. E.	3½	98,00 bz G
do.Em.v.1879		
doNiedrsZwg	3½	
do (StargPos)	4	101,30 bz
OstprSüdb I-IV	4½	
Rechte Oderuf		
Albrechtsb gar	5	
BuschGold-Ob	4½	104,00 bz B.
Dux-Bodenb.I.	5	
Dux-PragG-Pr.	5	107,60 G.
do.	4	100,20 G.
Franz.-Josefb.	4	83,10 G.
Gal KLudwg. g.	4½	86,25 B.
do. do. 1890	4	81,50 G.
Kasch-Oderb. Gold-Pr.g.	4	96,50 G.
Kronp Rudolfb	4	81,25 G.
do.Salzkammg	4	100,00 bz G
Lmb Czernstfr	4	78,70 G.
do. do. stpfl.	4	
Oest.Stb.alt,g	3	83,80 G.
do.Staats-I.II	5	106,40 G.
do.Gold-Prio.	4	100 00 G.
do. Lokalbahn	4½	84,70 G.
do. Nordwestb	5	92,30 G.
do.NdwB.G.-Pr	5	107,50 B.
do.Lt.B.Elbth.	5	91,40 bz B
Raab-Oedenb. Gold-Pr.	3	68,30 bz
Reichenb.-Pr. (SNV)	5	87,80 bz

do. Gold-Prior.	5	
Südöst. B. (Lb.)	3	59,70 bz G
do. Obligation.	5	103,20 B.
do. Gold-Prior.	4	96,50 bz
Baltische gar.	5	93,75 bz
Brest-Grajewo	5	92,75 G.
Gr.Russ.Eis.gar.	3	
Ivang.-Dombr. g.	4½	97,10 bz G
Kozlow-Wor. g.	4	83,90 bz G
do. 1889	4	87,90 bz
do. Chark.As.(O)	4	85,20 bz
do. (Oblig.)1889	4	88,70 G.
Kursk-Kiewconv	4	86,90 G
Losowo-Sebast.		92,75 G.
Mosco-Jaroslaw		
do. Kursk gar.		84,50 G
do. Rjäsan gar.	4	87,90 bz
do.Smolensk g.	5	98,75 bz
Orel-Griasy conv	4	84,10 G.
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Koslow g	4	86,90 G.
Rjaschk-Morozg	5	98,75 bz G
Rybinsk-Bolog.	5	86,75 G.
Schuja-Ivan. gar.	5	
Südwestb. gar.	4	88,75 G
Transkaukas. g.	3	74,50 bz G
Warsch.-Ter. g.	5	98,90 bz
Warsch-Wien n.	4	96,00 bz G
Wladikawk. O. g.	4	
Zarskoe-Selo	5	88,25 G
Anatol.Gold-Obl.	5	84,30 bz
Gotthardbahnov.	4	103,20 G.
Ital. Eisenb.-Obl.	3	54,25 bz
Serb. Hyp.-Obl.	5	79,00 bz G
do. Lit. B.	5	78,50 bz G
Süd-Ital. Bahn	3	
Central-Pacific	6	106,60 bz G
Illinois-Eisenb.	4	98,70 bz B.
Manitoba	4½	98,25 bz G
Northern Pacific	6	114,80 bz
SanLouis-Franc.	6	107,10 bz
Southern Pacific	6	111,70 bz

Hypotheken-Certifikate.

Danz. Hypoth.-Bank	3½	91,10 G.
Dtsche.Grd.-Kr.-Pr. I	3½	112,25 G.
do. do. II.	3½	108,00 bz G.
do. do. III. abg.	3½	97,00 bz G.
do. do. IV. abg.	3½	97,00 bz G.
do. do. V. abg.	3½	92,00 bz G.
do. Hp. B. Pf. IV.V.VI.	5	110,80 G.
do. do.	4	101,40 bz G.
do. do.	3½	93,40 G.
Hmb.Hyp.Pf.(rz.100)	4	100,25 bz
do. do.(unkündbar bis 1./1.1900)	4	
do. do.(rz.100)	3½	92,60 bz
MeiningerHyp-Pfdbr.	4	100,80 bz
do. Pr.-Pfdbr.	4	127,70 bz
Pomm.Hypoth.-Akt.-B.-Pfandbr. III. u. VI.	4	101,40 bz G.
PrB.-Grunkb.(rz110)	5	113,00 G.
do.Sr.III.V.VI.(rz100)	5	107,50 G.
do. do. (rz.115)	4½	115,10 G.
do. do.X.(rz.110)	4½	110,60 G.
do. do. (rz.100)	4	100,50 bz
Pr.Centr.-Pf.(rz.100)	4	
do. do. (rz.100)	3½	93,80 bz G.
do. do. kündb.	4	
Pr.Centr.-Pf.Com-O	3½	93,20 bz G.

Pr.Hyp.-Bk.(rz. 120)	4½	
do. do. VI.(rz.110)	5	
do. div.Ser.(rz.100)	4	101,40 bz G
do. do. (rz.100)	3½	94,50 bz G
Prs.Hyp.-Vers.-Cert.	4½	100,00 G.
do. do. do.	4	101,50 bz G
do. do. do.	3½	93,00 G
Schles.B.-Cr(rz,100)	4	100,70 bz
do. do. (rz.100)	3½	94,00 G.
Stettin.Nat.-Hyp.-Cr.	5	
do. do. (rz.110)	4½	103,50 G.
do. do. (rz.110)	4	100,50 G.
do. do. (rz.100)	4	100,00 bz G

Bankpapiere.

B.f.Sprit-Prod.H	3	67,80 G.
Berl. Cassenver.	7¼	132,80 G.
do. Handelsges.	9½	128,75 bz G
do. Maklerver.	11	126,80 bz B.
do. Prod-Hdbk.	—	118,10 G.
Börsen-Hdlsver.	11	154,90 B.
Bresl. Disc.-Bk.	6	92,25 bz G.
do. Wechslerbk.	6	94,20 G.
Danz. Privatbank	8¼	
Darmstädter Bk.	9	124,80 bz
do. do. Zettel	4½	
Deutsche Bank	10	153,90 bz
do.Genossensch.	7	123,00 B.
do. Hp.Bk.60pCt.	6½	111,75 G.
Disc.-Command.	11	179,00 bz G.
Dresdener Bank	10	131,00 bz
Gothaer Grundcreditbank	0	86,50 bz G.
Internat. Bank	6	103,00 G.
Königsb. Ver.-Bk	4	
Leipziger Credit	12	158,25 G.
Magdeb. Priv.-Bk	6⅔	102,75 G.
Maklerbank	11½	119,40 G.
Mecklenb.-Hyp. u. Wechs.	8	128,50 B.
Meininger Hyp.-Bank 60 pCt.	5	100,70 bz G.
Mitteld.Crdt.-Bk.	6	94,80 bz
Nationalbk. f. D.	6½	110,00 bz G.
Nordd. Grd.-Crd.	0	80,00 bz G.
Oester.Credit-A.	10⅞	
Petersb.Disc.-Bk	16	
do. Intern. Bk.	12.1	
Pom. Vorz.-Akt.	6	109,00 G.
Posen. Prov.-Bk.	6	
Pr. Bodencr.-Bk.	7½	123,50 B.
do.Cnt-Bd.50pCt	10	148,75 bz G.
do.Hyp.-Akt.-Bk.	6½	120,25 G.
do. Hyp.-V. A.-G. 25 pCt.	8	104,10 G.
do.Immob.-Bank 80 pCt.	15	274,00 G.
do. Leihhaus	8	
Reichsbank	8.81	148,50 bz
Russische Bank	7	
Schles. Bankver.	7	109,40 bz G.
Warsch Comrzb.	10	
do. Disconto	8,9	

Industrie-Papiere.

Allg. Elekt.-Ges.	9	131,75 bz
Anglo Ct. Guano	—	147,00 B.
Berl.-Charl.	—	147,25 bz
City St.-Pr.	—	
Dtsche. Bau.	3	75,25 G.
Hann. St.-P.	—	74,00 bz
Bauges.Humb.	6	123,75 B.
Moabit	—	127,00 B.
Passage	3½	65,60 bz G
U. d. Linden	0	13,50 B.
Berl.Elektr-W.	9	146,00 bz G
Berl. Lagerhof	0	84,50 bz
do. do. St.-Pr.	—	111,25 bz B.
Ahrens Br.,Mbt	0	58 25 bz G
Berl. Bock-Br.	0	56,50 bz G
Schultheiss-Br	16	242,75 G.
Bresl. Oelw.	10	85,00 B.
Deutsch. Asph.	4	76,60 G
DynamitTrust.	11	136,75 bz
Erdmannsd.Sp	—	86,50 G.
Fraust. Zucker	0	66,80 G.
Glauz. do.	8⅔	125,90 bz B.
GummiHarbg.-Wien	20	247,25 G.
do. Schwanitz	0	145,00 B.
doVoigtWinde	—	118,50 bz
do.VolplSchlüt	5	94,25 G.
HemmoorCem	—	94,00 G.
Köhlm. Strk.	14	
Körbisdf.Zuck.	8	121,50 bz G.
Löwe & Co.	18	231,00 G.
Bresl.Linke	—	149,00 G.
do. Hofm.	—	142,50 B.
Germ-Vrz.-Akt	6	80,60 G.
Görlitz cv.	10	120,00 G.
Görl. Lüdr.	13	146,50 G.
Grusonwrk.	10	135,00 G.
H. Paucksch.	0	
Schwarzkopff.	18	223,50 G.
Stettin.Vulk.-B	—	110,00 G
Sudenburg	24	287,00
O.-Schl. Chem.	10	83,50 G.
do. Portl.-Cem	5½	90,00 G.
OppelnCem-F.	5½	88,00 B.
do. (Giesel)	—	97,50 G.
Gr.Berl.Pferdb	12½	223,75 bz
Hamb. Pferdeb	—	99,50 G
Potsd.ov.Pfdrb	—	88,30 bz G.
Posen.Sprit-F.	4	
Rositzer Zuck.	—	57,25 G.
Schles. Cem.	—	126,80 G.
StettBred.Cem	—	97,30 G.
do. Chamott.	—	139,50 bz G.
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	—	119,75 bz G.
Berzelius	—	119,00 bz G.
Bismarckhütte	8	111,75 bz
BochGussst-F.	6½	110,50 bz G.
Donnersmrck	—	72,20 bz G.
Dortm. St-Pr.A	2	53,50 bz G.
Gelsenkirchen	12	128,30 bz
Hibernia	12	128,90 bz B.
Hörd St.-Pr.-A.	1½	40,00 bz G.
Inowrazl. Salz	—	29,30 bz G.
König u. Laura	8	102,25 bz G.
Lauchham. cv.	10	106,00 G.
Louis.TiefStPr	14	108,25 bz G.
Oberschl. Bd.	—	52,10 bz G.
do. Eisen-Ind.	—	108,75 bz G.
Redenh.St.-Pr.	0	30,80 B.
Riebeck. Mont.	15	177,00 G.
Schles. Kohlw.	0	28,00 bz G.
do. Zinkhütt.	—	188,30 bz G.
do. do. St.-Pr.	—	188,75 G.
Stolb. Zk.-H.	—	50,10 bz G.
do. St.-Pr.	—	110,75 bz G.
Tarnowitz cv.	—	
do. do. St.-Pr.	6	26,50 bz G.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.